

Inhalt. Die amtlichen Elbstrom-Schauungen in den Jahren 1869 und 1873.
— Vom Dome zu Köln. — Zugverspätungen und Unfälle der deutschen Eisenbahnen. — Rückblicke auf die Gesetzgebung in der letzten Session des preussischen

Landtags. — Mittheilungen aus Vereinen: Architekten-Verein zu Berlin.
— Konkurrenzen: Monats-Aufgaben für den Architekten-Verein zu Berlin.
— Brief- und Fragekasten.

Die amtlichen Elbstrom-Schauungen in den Jahren 1869 und 1873.

(Fortsetzung statt Schluss).

Im weiteren Verfolg seines Votums führt Hr. Grebenau als Vortheile der 15 beantragten Elbdurchstiche an:

1) Gleichförmig, von oben nach unten abnehmendes Gefälle, möglichste Regelmässigkeit in der Bewegung und Ablagerung der Geschiebe und gleichförmig zunehmende Schiffahrtstiefen an den Uebergängen, sowie Gleichmässigkeit des Schiffswiderstandes; 2) Abkürzung des Schiffahrtsweges um etwa 34^{Km}; 3) Verminderung der Stromunterhaltungskosten; 4) Senkung des Hochwasserspiegels; 5) Gewinn und allmähliche Kultivirung von 20—30^{Km} Länge des alten Flussbettes; 6) Verminderung der Eisversetzungen; 7) Verminderung der Kosten für Baggerungen. Kosten der letzten Art seien z. Z. an der Elbe nur wegen der nicht normalen Verhältnisse zu entschuldigen, sie sollen in korrigirten Strömen fortfallen, da diese die äusserste zulässige Tiefe sich selbst schaffen; auch am Oberrhein werde zur Herstellung der Fahrtiefe niemals gebaggert. Zum Schluss führt Hr. Grebenau an, dass gerade die geringe Wassermenge der Elbe, welche die vom Hochwasser zugeführten Sandmassen nicht zu bewältigen vermöge, zur subtilsten Behandlung der Geschiebefrage, sowie zur rationellsten und zeitgemässesten Auffassung der Flusskorrektionsfrage, zu der auch unzweifelhaft die Durchstiche gehören, hindränge; dass die Zweckmässigkeit der Durchstiche durch die bereits an der Elbe ausgeführten erwiesen sei und dass der Kostenpunkt nicht abhalten dürfe, in so grossen volkswirtschaftlichen Fragen das unbedingt Zweckmässigste, also auch die Ausführung der 15 Durchstiche zu beantragen. —

Leider ist es unterlassen worden, den oben angeführten allgemeinen Vortheilen der Durchstiche die allgemeinen Nachteile derselben gegenüber zu stellen. Aber nur wenn die Nachteile von den Vortheilen überwogen werden, kann die Ausführung der Durchstiche zur Erwägung kommen.

Damit, dass die oben unter 1, 3, 5 und 6 aufgezählten Vortheile erreichbar sind, wird die grosse Mehrzahl der Hydrotekten wohl einverstanden sein (wenn auch einzelne Modifikationen dabei gemacht werden sollten), nicht aber in der Annahme der Erreichbarkeit der sub 2, 4 und 7 aufgeführten Vortheile. Schliesst doch die bedeutende Abkürzung des Schiffahrtsweges und die erfolgende Senkung des Hochwasserspiegels die ganz erheblichen Nachteile ein, dass die Wassermasse des Stromes zur Zeit der niedrigen Wasserstände, also gerade dann, wenn die Schiffer am meisten über Wassermangel klagen, mit vermehrter Schnelligkeit abgeführt, gewissermaassen absichtlich beseitigt wird und dass ferner zu derselben Zeit eine Wasserspiegelsenkung, die eine weitere Verminderung der Schiffahrtstiefe zur Folge hat, hervorgerufen wird.

Das Moment der beschleunigten Wasserabführung mag zwar bei einer Wassermenge von 800^{Kb^m}, wie sie der Rhein bei den jährlichen kleinen Winterwasserständen abführt, während er im Sommer von den Alpengletschern eine stete reichlichere Speisung erhält, nicht sehr wesentlich sein, wenigstens so lange nicht, als man sich mit der jetzigen geringen Minimaltiefe von 1,10^m bis 1,20^m begnügt. Anders ist aber die Sachlage bei der Elbe, die lediglich von den atmosphärischen Niederschlägen des Tages gespeist wird und bei kleinen Wasserständen meist nur etwa $\frac{1}{10}$ der Rhein-Wassermenge besitzt. Hier würde eine Abkürzung des 500^{Km} langen Schiffahrtsweges um 34^{Km} schon als ein sehr erheblicher Nachtheil der Durchstiche sich geltend machen, und zwar in Bezug auf Verminderung der Wassermenge als auch Senkung des Wasserspiegels, also in Bezug auf Schiffahrt, Industrie und Landeskultur.

Sofern Stromkrümmungen kein geradezu wesentliches Schiffahrtshinderniss bedingen, sind dieselben für kleine Wasserstände von entschiedenem Vortheile dadurch, dass sie die Schiffahrt begünstigen. Die Vortheile überwiegen sehr oft die beim Hochwasser für Konkaven resultirenden Nachteile und es ist daher bei der Anlage von Durchstichen die allergrösste Vorsicht und eingehendste Prüfung für jeden Spezialfall als dringende Nothwendigkeit zu bezeichnen.

Endlich möchte es auch in Bezug auf den Satz ad 7 nicht so ganz feststehen, ob aus Durchstichen eine Verminderung der Baggerungskosten erwächst, event. möchte

dieses kein erhebliches Motiv für die Anlage von Durchstichen abgeben können. Dass z. B. am Oberrhein zur Herstellung der Fahrtiefe niemals gebaggert wird, liefert einen Beweis noch nicht. Der Oberrhein wird von einigen Hydrotekten als ein Musterstrom angesehen; in der That kann dieses Urtheil auch in Bezug auf Regelmässigkeit des Bettes, der Ufer und der Bewegung des Wassers und der Geschiebe zutreffend sein, keineswegs aber gilt dasselbe in Bezug auf Schiffbarkeit. Ist doch letztere notorisch (cfr. Deutsche Bauzeitung 1874 S. 127) bis jetzt noch gar nicht erstrebt, sondern nur nebenbei absichtslos durch die zu anderen Zwecken angelegten Korrektionswerke gefördert worden. Die bisherige Korrektion des Oberrheins hat sich nach dem zu Grunde liegenden Staatsvertrage nur mit Fixirung der Landesgrenze und mit der Förderung der Landeskultur-Interessen befasst und dieses Ziel durch Herstellung und Befestigung der Ufer, sowie durch Koupirung schädlicher Seitenwasser auch wirklich erreicht.

Wird nun dieses festgehalten, so geht man offenbar zu weit, wenn man den Oberrhein auch in Bezug auf Schiffahrtsverhältnisse als Muster hinstellen und behaupten will, er habe das einzig richtige Normalprofil und die einzig richtige, ihm zukommende Minimal-Schiffahrtstiefe. Ehe man das angebliche Muster auf andere Ströme überträgt, wird man überzeugende Beweise, die zur Zeit noch nicht gegeben sind, fordern müssen. So lange der Strom aber für ein Muster auch in Bezug auf Schiffbarkeit gilt, wird man selbstverständlich Baggerungen in demselben nicht ausführen, trotzdem sind solche aber in anderen grossen Strömen gegenwärtig noch das wirksamste Mittel zur Aufrechterhaltung der Schiffahrt während der Zeit der niedrigen Wasserstände, auf welches kein Hydrotekt, dem der grosse Vortheil der Baggerungen aus längerer Praxis bekannt geworden ist, verzichten wird. —

Hr. Grebenau hat durch sein Separatvotum vom 24. Septbr. 1873 den überzeugenden Beweis von der Nothwendigkeit, noch 15 Durchstiche in der Elbe anzulegen, nicht erbracht. Seine Ausführungen erscheinen als ein sehr werthvolles Plaidoyer für Durchstiche im Allgemeinen, keineswegs aber als dem Spezial-Antrage angepasste Deduktionen. Es kann im vorliegenden Falle nur der Standpunkt der übrigen 5 Kommissare mit voller Ueberzeugung als der einzig richtige bezeichnet werden, da sie die Nothwendigkeit jedes einzelnen Durchstichs eingehend geprüft wissen und sich erst dann für die Ausführung entscheiden wollen, wenn überzeugend nachgewiesen ist, dass die Vortheile die Nachteile überwiegen. In ihrem gemeinsamen Votum erklären die Kommissare fast wörtlich: sich dem Antrage ihres Vorsitzenden bezüglich jener 15 Elb-Durchstiche nicht anschliessen zu können, sind vielmehr einstimmig der Ansicht, dass die von ihm aufgestellten generellen Gesichtspunkte für die vorliegende Frage überhaupt nicht ausreichen, dass auch das augenblickliche Material zur Beantwortung einer so bedeutungsvollen Frage nicht genüge. Sie lehnen es daher ab, sich schon jetzt über die Nothwendigkeit des einen oder des andern dieser Durchstiche, oder gar aller in Vorschlag gebrachten ein Urtheil abzugeben, um so mehr, als voraussichtlich der grösste Theil derselben nicht ohne die wesentlichste Beeinträchtigung der Schiffahrts- und Landeskultur-Verhältnisse zur Ausführung zu bringen sein würde. Sie können sich nicht bereit finden lassen, ihr Einverständniss mit einer Stromkorrektion auszusprechen, welche wesentlich nur nach den oben angedeuteten generellen Gesichtspunkten und unter Benutzung nur des Situationsplanes disponirt worden ist. Sie halten es auch nicht für ihre Aufgabe, auf jene, von ihrem Vorsitzenden eingehend behandelten generellen Gesichtspunkte, denen sie nicht überall beizutreten vermögen, näher einzugehen, sind jedoch prinzipiell keineswegs gegen Durchstiche, halten im Gegentheil die an der Elbe ausgeführten für zweckmässig und fernere für angemessen, sobald für jeden einzelnen die Nothwendigkeit erwiesen ist. Endlich warnen sie vor einer zu weit gehenden Uebertragung rheinischer Verhältnisse auf die Elbe und machen noch auf den grossen Unterschied aufmerksam, dass die Rh eindurchstiche wesentlich zum Zweck der Entsumpfung damals wenig werthvoller Ländereien ausgeführt worden

seien, dass aber für die Elbterrains ein derartiges Bedürfniss nirgends vorliege, sondern umgekehrt aus jeder Senkung des Wasserspiegels eine erhebliche Werth-Verminderung der kostbaren Elbwiesen resultiren würde.

IV. Bausysteme.

War die Kommission bezüglich des Endzwecks jeder durch Einschränkungswerke vorzunehmenden Stromregulirung einer Meinung darüber, dass die Regulirung erst nach Ausbildung des Strombetts und Herstellung neuer gesicherter und kulturfähiger Ufer als beendet anzusehen sei, so gingen die Ansichten, ob sich dieser Endzweck durch Buhnen oder durch Parallelwerke erreichen lasse, so weit auseinander, dass falls die Aufgabe vorgelegen hätte, Vorschläge für die Regulirung eines bis dahin im Urzustande befindlichen Stromes zu machen, es schwerlich zu einem Einverständniss gekommen sein würde.

Anders jedoch liegt die Aufgabe bei der Elbe, deren Ufer bereits nahezu vollständig ausgebaut sind und bei welcher diese Strombauwerke den Uebergang zu einem andern Bausystem nur mit Aufwendung grosser Kosten gestatten. Daher nahm für die Kommission die betr. Frage die Form an: Ob die thatsächlich zur Anwendung gelangten Bausysteme bei verständiger Ausbildung ein gutes Endresultat erwarten lassen oder nicht? Diese Frage wurde von allen Kommissarien, mit Ausnahme des Vorsitzenden, einstimmig bejaht, in Erwägung, dass der Einzelne im vorliegenden Falle seine Meinung über das absolut beste Verfahren nicht in den Vordergrund stellen dürfe, vielmehr auf das an der Elbe thatsächlich eingeführte, so lange als dessen Zweckwidrigkeit nicht nachgewiesen sei, Rücksicht nehmen müsse.

Der Vorsitzende, Hr. Grebenau vermochte sich dieser Ansicht nicht anzuschliessen, indem derselbe Parallelwerke für das einzig richtige Mittel zur Erreichung der für die Elbe nothwendigen Zwecke hielt. Als Folge hiervon sind getrennte Voten entstanden und es ist ein einstimmiger Beschluss nur in Bezug darauf erzielt worden, dass die Kommission den Ausbau von Konkaven mittels kurzer Buhnen für unzweckmässig erklärt hat. In solchen Fällen soll die Korrektionslinie so weit vorgeschoben werden, dass die Ausführung eines Uferdeckwerks möglich wird.

Vor näherem Eingehen auf die Separatvoten möge hier bemerkt werden, dass bei der Elbe die Frage, welches der beiden angewendeten Bausysteme das für diesen Strom zweckmässigste sei, unentschieden bleibt. Sowohl bei den Parallelwerken, die an den Elbstrecken in Oesterreich, Sachsen und Hamburg liegen, als bei den Buhnen in Preussen, Lauenburg, Anhalt und Mecklenburg sind während der amtlichen Befahrung zahlreiche, in der Summe aber gleichwerthige Vortheile und Nachtheile konstatiert worden. Dieselbe Erscheinung findet nicht nur an der Elbe, sondern auch an vielen andern Strömen statt. In Frankreich ist man sogar dazu gelangt, beide Bausysteme aufzugeben und sie durch Kanalisation und Seitenkanäle zu ersetzen; gewiss ist auch in manchen Fällen eine derartige Bauweise die richtigste.

Was speziell die Elbe betrifft, so kommt ausser der allgemeinen Rücksicht, dass jeder Strom eine seiner Eigenart entsprechende Behandlung zur Regulirung erfordert, die besondere in Betracht, dass das Vorhandene doch nur dann mit Fug und Recht aufgegeben werden kann, wenn dessen Unzweckmässigkeit überzeugend nachgewiesen ist. Letzteres ist bisher noch nicht geschehen und dies gilt um so mehr, als 5 hervorragende technische Vertreter der Elbuferstaaten erklärt haben, es lasse sich mit den vorhandenen Bausystemen eine vollständige Regulirung der Elbe erreichen, und als dieselben auch die hierzu erforderlichen Mittel bestimmt bezeichnet haben.

Immerhin wird indess das Grebenau'sche Separatvotum vom 24. September 1873 für die Fachgenossen von hohem Interesse, wie auch für die weitere Klärung der Frage über die Vortheile der Parallelwerke und die Nachtheile der Buhnen von Bedeutung sein. Leider sind in demselben weder die Nachtheile des empfohlenen, noch die Vortheile des verworfenen Systems berücksichtigt worden, weshalb die Bemerkungen des Referats sich gerade hiermit zu befassen haben werden.

Im Separat-Votum wird zunächst die Bildung schöner Alluvionen in den Konkaven der Elbe, dagegen mangelhafter, nicht bis zur Normaluferlinie reichender Verlandungen in den Konkaven, namentlich bei kurzen Buhnen konstatiert. Dies sei eine Folge der unregelmässigen Wasserbewegung und Wirbelbildung. Die Buhnenköpfe bildeten abnorme Tiefen im Strombett, so dass bei kleinen Wasserständen der

grösste Theil der Wassermasse oft in schmaler, nur für ein Schiff ausreichender Rinne abgeführt werde, während der gegenüberliegende konvexe Sandheger immer mehr gegen den Strom zu vorrücke. In den Konkaven sei daher ein Parallelwerk zweckmässiger, da sich wegen des Parallelismus der Wasserfäden auch nach den Erfahrungen an der Elbe eine gleichförmigere Geschwindigkeit des Wassers an der Sohle und daher auch eine gleichmässige und geringere Tiefe als vor den Buhnen, in Folge dessen aber auch eine breitere und für die Schifffahrt praktikablere Rinne ausbilde.

Dieser Deduktion kann zwar in vielen Fällen, aber doch nicht durchweg zugestimmt werden. Dass kurze Buhnen in Konkaven nicht zweckmässig sind, sich dort vielmehr die Zurücklegung der Normaluferlinie bis zum natürlichen Ufer, also die Ausführung eines Uferdeckwerks — nicht Parallelwerks — empfiehlt, haben auch die 5 übrigen Kommissare ausgesprochen. Muss aber nach Form und Lage die Normaluferlinie der Konkaven in den Strom vorgeschoben werden, so würde ein Parallelwerk prinzipiell nur dann zu empfehlen sein, wenn dasselbe durch Hinterfüllung mit dem natürlichen Ufer verbunden werden kann. Handelt es sich jedoch um ein erhebliches Vortreten der Normaluferlinie vor der Konkaven, so kommen die allgemeinen Nachtheile der Parallelwerke so erheblich zur Geltung, dass man sehr oft dem Buhnensystem, trotz seiner Mängel, den Vorzug geben wird.

Zwar ist die Bewegung der Wasserfäden am Parallelwerk der Konkave eine regelmässiger als die vor Buhnen, immerhin aber ist diese Bewegung wegen der Konkave eine gestörte. Als Folge davon wird das Parallelwerk nicht nur auf seiner ganzen Länge fortdauernd stark angegriffen und ist der Hinterspülung und Zerstörung ausgesetzt, sondern es werden auch grössere Tiefen im Strombett ausgebildet, also Nachtheile erzeugt, die von der Anwendung des Systems wohl abhalten können. Nach Hrn. Grebenau's weiterer Behauptung sollen Buhnen nicht nur in Konkaven, sondern überhaupt für eine regelmässige Fortschaffung und Ablagerung der Geschiebe, sowie für Ausbildung einer gleichförmigen Tiefe an den Uebergängen nicht geeignet sein, weil sie vor ihren Köpfen Querströmungen und nutzlose Tiefen erzeugen, auch das Wasser und den Kies anziehen. Diese nachtheiligen Folgen habe man am Rhein und der Donau, wo früher mit Buhnen korrigirt worden sei, beobachtet und deswegen in neuerer Zeit das Parallelwerk-System erwähnt. Am Oberrhein verbinde man die Köpfe der noch vorhandenen wenigen Buhnen mit Parallelwerken, ebenso verfare man in neuerer Zeit an der Rheinstrecke unterhalb Bingen. Ferner werden gegenwärtig die Iller, der Lech, die Salzach, der Inn, die Isar, der Main, die Donau in Bayern und bei Wien, der Oberrhein und auch die Elbe in Sachsen durchweg mit Parallelwerken regulirt. Wenn auch bei den Parallelwerken der Elbe in Sachsen die Resultate in Bezug auf Verlandungen noch nicht zufriedenstellend seien, so liege solches an der zu grossen Höhe der Parallelwerkskronen.

Es lässt sich nun hierauf erwiedern, dass aus der Anwendung des Parallelwerk-Systems an den genannten natürlichen Wasserstrassen noch nicht auf die allgemeine und unbedingte Zweckmässigkeit des dort gewählten Systems geschlossen werden kann. Mit demselben Recht oder Unrecht könnte man, wenn nur die Zahl und Bedeutung der Wasserstrassen das Entscheidende wäre, vielleicht eine noch erheblichere Zusammenstellung von deutschen Strömen und Flüssen geben, welche gegenwärtig faktisch durch Buhnen regulirt werden; man könnte aber andererseits auch eine grosse Zahl in Frankreich belegener Flüsse anführen, bei denen das Parallelwerk-System völlig aufgegeben und durch Kanalisation oder Seitenkanäle ersetzt worden ist.

Aus diesen Thatfachen lässt sich doch wohl nur das Eine folgern, dass zur Zeit noch kein System allgemein als das allein zweckmässige für alle Wasserstrassen erkannt worden ist. Es ergiebt sich dies auch aus den speziellen Resultaten der Elbstromschau, bei der man sowohl das Buhnen- als das Parallelwerk-System gleich gut, bezw. gleich schlecht bewährt gefunden hat.

In welchem Grade eine regelmässige Fortschaffung und Ablagerung der Geschiebe für einen Strom nothwendig ist, diese Frage wird allgemein überhaupt nicht zu beantworten, sondern nur für jeden einzelnen Fall einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen sein; auch dann ist die Frage nur schwer zu lösen; sie verliert an Bedeutung, wenn man dahin strebt, die Hauptmassen der Geschiebe-Bänke dauernd festzulegen bezw. die Fortführung derselben nach Möglichkeit zu hindern. Gelingt dieses, so handelt es sich vorzugsweise nur noch um die regelmässige Fortführung

der Wassermassen, und dann sind für die gleichmässige Ausbildung der Tiefen auf den Uebergängen ganz andere Bedingungen als jetzt gegeben, daher auch ganz andere Resultate zu erwarten. Dass aber die Ablagerung und Fortschaffung der Geschiebe in den mit Parallelwerken oder Buhnen regulirten Strecken nicht wesentlich verschieden ist, beweisen die Thatsachen nicht nur an der Elbe, sondern in allen übrigen Strömen.

Die Geschiebepänke lagern überall in gewissen, in vielen Fällen übereinstimmenden Distanzen, die je nach der Situation des Stromlaufs verschieden sind, und alle befinden sich zur Zeit im stetigen Vorrücken nach dem Meere hin. Geht man näher auf die Mängel ein, welche die Buhnen, speziell die Elbbuhnen zeigen, so fragt es sich, wodurch diese Mängel hervorgerufen werden? Man findet, dass dies wesentlich eine Folge der bisherigen, vielfach mangelhaften Konstruktion der Buhnenköpfe ist. Wo diese nur mit etwa 2facher Kopfböschung und zudem noch unsolide ausgeführt werden, kann ihre Lage nicht konstant bleiben; sie gerathen vielmehr bald in Abbruch, indem die steilen Böschungen starke Wirbel, diese aber Auskolkungen erzeugen, in welche der Buhnenkopf nachsinkt, wodurch derselbe immer mehr an Steilheit zunimmt. Die Wirbel sind hiernach die Veranlassung zur Entstehung der grossen Tiefen vor den Buhnenköpfen und der Nichtbildung von Alluvionen in deren Nähe. Lassen sich nun auch diese Wirbel wegen des Zusammentreffens von zwei verschiedenen gerichteten Strömungen nicht vollständig beseitigen, wenigstens so lange nicht, bis sich gleichmässige Alluvionen annähernd bis zur Streichlinie der Buhnen ausgebildet haben, so können dieselben doch, wie Referent in dem Aufsatz „Die Buhnenköpfe in der Memel“, Deutsche Bauzeitung 1875, No. 45, näher ausgeführt hat, in ihrer Wirkung durch flache Bö-

schungen und konstante Erhaltung des Kopfes wesentlich abgeschwächt und möglichst unschädlich gemacht werden. Dann aber sind die Ursachen der oben bezeichneten Hauptmängel im Wesentlichen beseitigt und es wird jener Anspruch, dass Buhnen das Wasser und den Kies anziehen, modifizirt und voraussichtlich durch den andern ersetzt werden können, dass auch Buhnen eine regelmässige Herstellung des Strombetts hervorrufen.

Diese Voraussicht gründet sich zwar zur Zeit meist nur auf einen theoretischen Kalkül, sie wird aber thatsächlich durch die Erfolge der im vorigen Jahre im Memelstrom ausgeführten Buhnenköpfe, welche 5fache Kopfböschung haben, einigermaassen unterstützt. Bei diesen haben die erst vor Kurzem angestellten Peilungen ergeben, dass sich vor den Köpfen durch das diesjährige Hochwasser sehr regelmässige Profile gebildet haben und, was das Wesentlichste ist, keinerlei Auskolkungen dort entstanden sind.

Sollte es nun durch gute Unterhaltung und weitere Verbesserung der Konstruktion der Buhnenköpfe gelingen, sowohl diese, als auch die sich bildenden Alluvionen, letztere nöthigenfalls durch Zwischenwerke und Abdeckung an einzelnen Punkten, dauernd festzuhalten, so würde mit der Zeit eine neue, theils natürliche, theils künstliche Uferlinie gewonnen werden, welche ungleich günstiger ist, als ein fortlaufendes Parallelwerk, wenn man erwägt dass letzteres durch beiderseitigen Stromangriff fortdauernden Reparaturen unterworfen ist, während Buhnen in Folge ihrer schnellen Alluvionenbildung eine Sicherung bezw. Unterhaltung nur an einzelnen Punkten der Normaluferlinie erfordern. Buhnen tragen ferner durch das Festlegen einer grossen Masse von Geschieben viel wirksamer zur Reinigung des Strombetts bei, als Parallelwerke, welche bekanntlich nur wenig, oft aber gar keine Alluvionen bilden.

(Schluss folgt.)

Vom Dome zu Köln.

(Nach dem 65. Bauberichte des Dombaumeisters, Regierungs- und Bauraths Voigtel).

Die Thätigkeit am Ausbau des Kölner Domes ist im letzten Jahre, wie schon in den vorhergehenden, fast ausschliesslich der Weiterführung der Thürme zugewendet gewesen. Die erzielten Fortschritte sind diesmal bedeutender als jemals, nicht nur weil die kubische Masse des Werksteinmaterials in den oberen Thurmgeschossen eine geringere wird, sondern auch, weil der Dombau durch die Verminderung der Privatbauthätigkeit eine grössere Zahl von Steinmetzen zugeführt worden ist.

Das vierte Hauptgeschoss der Thürme, das auf eine Höhe von etwa 24^m berechnete Oktogon, neben dem die 4 grossen Hauptfialen frei emporwachsen und ihren Abschluss finden, wurde bis zum Schlusse des Jahres 1874 am Südthurm bereits auf eine Höhe von 15,94^m — am Nordthurm, wo erst die Ueberwölbung des dritten Geschosses zu vollenden war, auf eine Höhe von 5,5^m über die Sockelanlage emporgeführt. Nachdem über Winter die Werksteine für die Fialen des südlichen Thurms und die Vollendung der Thurmterrasse daselbst, sowie später für den unteren Theil des Oktogons am nördlichen Thurm vorbereitet worden sind, hat im Frühjahr 1875 der Fortbau des südlichen Thurmes begonnen. Wenn die Verhältnisse sich nicht wesentlich ungünstiger gestalten, hofft man bis zum Schlusse dieses Jahres die beiden äusseren Fialen dieses Thurmes und das Oktogon selbst zu vollenden und 1876 das gleiche Ziel beim nördlichen Thurm zu erreichen. (1877 würde dann voraussichtlich der Bau der Thurmhelme beginnen können.) — Von den, bekanntlich auf Sprengwerken ruhenden Rüstungen der beiden Thürme, die bis zur Höhe der obersten Kreuzblumen fortgeführt, das an-

sehnliche Maass von 92^m erreichen werden und dem entsprechend fest konstruirt sind, ist am Südthurm die zweite, am Nordthurm die erste Etage aufgeschlagen.

Im Innern wurde noch 1874 die Halle zwischen den Thürmen eingewölbt und damit die gänzliche Vollendung des Schiffs erreicht. Mit der bevorstehenden Ausführung des Daches über diesem Bautheil wird der Dombau ausschliesslich auf die Fertigstellung der Thürme konzentriert sein.

Die Thätigkeit der Dombildhauer ist zur Zeit wesentlich auf die Ausführung des reichen Figurenschmuckes gerichtet, den die freistehenden Eckfialen des vierten Thurmgeschosses erfordern und dessen Aufstellung im Zusammenhange mit dem Bau dieser Fialen erfolgen muss. Es handelt sich um 32 Engelfiguren von 2,7^m Höhe. Die 6 Figuren für die Baldachine des 3. Geschosses am Nordthurm, sowie die kleinen Figuren in den Bogenleibungen des nördlichen Portals der Westfront wurden vollendet und angesetzt. Als Material zu diesen sämtlichen Bildhauer-Arbeiten wird französischer Kalkstein verwendet.

Ueber die Frage der inneren Ausschmückung des Domes schweigt auch der neueste Baubericht, ebenso über die Anstalten zur Aufhängung der Kaiserglocke, die bekanntlich glücklich in Köln angelangt ist, aber vorläufig noch nicht zum Läuten gebracht werden konnte.

Der im Jahre 1874 für den Dombau verwendete Kostenbetrag stellt sich auf rot. 826 000 M. (etwa 75 000 M. höher als in den beiden Vorjahren). Die für die Weiterführung der Thürme seit 1864 ausgegebene Gesamtsumme hat die Höhe von 5 418 690 M. erreicht.

Zugverspätungen und Unfälle der deutschen Eisenbahnen.

Vom Reichs-Eisenbahnamt, das bekanntlich in statistischen Angelegenheiten der deutschen Eisenbahnen (leider immer excl. Baierns) eine grosse Thätigkeit entwickelt, liegen uns die im R.- u. St.-A. veröffentlichten Tabellen über die Zugverspätungen im Jahre 1874 und über die Eisenbahnunfälle im 2. Semester des Jahres 1874 vor.

Beide Zusammenstellungen haben zunächst ein wissenschaftliches Interesse, indem sie eine Vergleichung der einzelnen inländischen Bahnen nach ihrer Pünktlichkeit und Sicherheit gestatten und uns in den Stand setzen, ähnliche Vergleiche zwischen den deutschen Bahnen im Allgemeinen und denen anderer Länder anzustellen, sobald uns entsprechende Notizen vom Auslande zukommen. Sie wirken aber auch praktisch nützlich, indem sie die am ungünstigsten aus der Beurtheilung hervorgehenden Bahnverwaltungen auf die Mängel ihres Dienstes hinweisen und dieselben dadurch zu Verbesserungen und zu Abhülfen hindrängen, sowie indem sie uns zum Wettstreit mit dem Auslande anspornen. Erhöhten Werth gewinnen die Aufzeichnungen, wenn man sie Jahr für Jahr verfolgt und stets Vergleiche mit der Vergangenheit anstellt. Halten wir

das jetzt Vorliegende in seinen wesentlichsten Ergebnissen fest und versäumen wir nicht, schon im nächsten Jahre und dann immer wieder auf dasselbe zurückzukommen. —

Was die Zugverspätungen betrifft, so ist die Registrierung derselben auf diejenigen Fälle beschränkt worden, in denen bei Kourier- und Schnellzügen 10 Minuten, bei Personenzügen 20 Min., bei gemischten Zügen 30 Minuten überschritten wurden.

Hiernach erlitten Verspätung auf der eigenen Bahn von sämtlichen beförderten Kourier- und Schnellzügen 2,6%, von den Personenzügen 1,7%, von den gemischten Zügen 0,3%; wenn man Kourier-, Schnell- und Personenzüge zusammenfasst, so verspäteten sich 1,28%.

Für jeden einzelnen Monat werden in der Statistik diejenigen 3 Bahnen genannt, bei denen sich der Prozentsatz der verspäteten Züge am ungünstigsten gestaltet hat. Hierbei erscheinen 7 mal die Magdeburg-Halberstädter, 4 mal die Anhalter und Breslau-Schweidnitz-Freiburger, je 3 mal die Rechte-Oder-Ufer- und Lübeck-Büchener; je 2 mal die Ostbahn, Gölitz, Magdeburg-Leipziger und Main-Weser; je 1 mal die

Frankfurt-Bebraer, Altona-Kieler, Oldenburger, Halle-Sorau-Gubener, Württembergische, Märkisch-Posener und Köln-Mindener Bahn.

Etwas anders natürlich gestaltet sich das Verhältniss, wenn die Verspätungen in Beziehung gesetzt werden zu den zurückgelegten Achskilometern der in den Verspätungsnachweisen besonders hervorgehobenen Bahnen. —

Ausser den aufgeführten Ergebnissen lernen wir aus der Zusammenstellung noch Folgendes:

Dem Reichs-Eisenbahnamt unterstanden am Ende des Jahres 1874 52 Bahnverwaltungen mit 21393 km im Betriebe befindlicher Bahnlänge. Darunter waren 7662 km oder 35,8 % 2gleisige Bahnen.

Vergleicht man die Gesamtzahlen der beförderten Züge, so lassen sich die einzelnen Zuggattungen auf folgende einfache Verhältnisszahlen zurückführen: Kourier- und Schnellzüge 14, Personenzüge 84, gemischte Züge 35, Güterzüge 78, ausserfahrplanmässige Kourier-, Schnell- und Personenzüge 2, ausserfahrplanmässige Güterzüge 30; — oder in Prozenten der Gesamtzahl bezw.: 5,76; 34,57; 14,40; 32,10; 0,82; 12,35.

Von den Verspätungen entsprangen etwa $\frac{1}{4}$ aus verlängertem Aufenthalt auf den Stationen und nur $\frac{1}{4}$ aus verlängerter Fahrzeit.

Im Ganzen wurden ungefähr 700000000 Achskilometer zurückgelegt; davon entfallen nur 150000000 auf die fahrplanmässigen Kourier-, Schnell- und Personenzüge.

Auf je 1 km Bahnlänge kommen im ganzen Jahresdurchschnitt 325900 zurückgelegte Achskilometer.

Durchschnittlich legen in der Stunde zurück (einschliesslich Aufenthalt auf den Stationen): die Kourier- und Schnellzüge 45 km, die Personenzüge 34 km. Die grösste Geschwindigkeit (einschl. Aufenthalt) betrug bei Kourier- und Schnellzügen 57 km, die geringste 34 km, bei Personenzügen die grösste 41 km, die geringste 25 km. Am schnellsten fuhr mit Kourier- und Schnellzügen die Magdeburg-Halberstädter Bahn, am langsamsten die Ostpreussische Südbahn, am schnellsten mit Personenzügen die Märkisch-Posener, am langsamsten die Württembergische Bahn. —

Im Zusammenhange mit den Zugverspätungen stehen die Unglücksfälle. Denn je unregelmässiger der Betrieb einer Bahn ist, desto mehr Wahrscheinlichkeit für Unglücksfälle findet statt. Die Statistik der Unglücksfälle ist gegenüber derjenigen der Zugverspätungen von schwer wiegendem Interesse.

Die erste ergibt nun, dass im 2. Halbjahr 1874 auf den deutschen Eisenbahnen (immer ausschliesslich Baierns) 608 Entgleisungen, 478 Zusammenstösse und 322 sonstige (störende) Betriebsereignisse stattgefunden haben, sowie dass 1277 Personen verunglückten, wovon 285 getödtet und 992 verletzt wurden. Hierunter waren 69 Reisende (10 getödtet und 59 verletzt), 1047 Bahnbedienstete (195 getödtet und 852 verletzt), unter diesen wieder 618 eigentliche Bahnbeamte ausschliesslich der Arbeiter (109 getödtet, 509 verletzt), ferner 161 fremde Personen (80 getödtet, 81 verletzt). Ausserdem wurden von Personen, die den Tod freiwillig suchten, 57 getödtet, 5 verletzt.

Als Maassstab für diese Zahlen wird nun die Anzahl der beförderten Züge und der zurückgelegten Achskilometer benutzt. Es kommen dann von den 69 verunglückten Reisenden 1 auf rund 10000 sämtlicher beförderten Kourier-, Schnell-, Personen- und gemischten Züge; von den 10 getödteten Reisenden 1 auf je 69000 dieser Züge; von den 618 verunglückten Beamten 1 auf rund 2000 Züge sämtlicher Gattungen; von den 109 getödteten Beamten 1 auf je 12000 dieser Züge.

Von den zurückgelegten Achskilometern der Kourier-, Schnell-, Personen- und gemischten Züge kommen auf je 1 der 69 verunglückten Reisenden rund 15000000, von den zurückgelegten Achskilometern sämtlicher Züge auf je 1 der 618 verunglückten Beamten rund 6000000. Die Verhältnisszahlen für die Getödteten sind hieraus leicht abzuleiten.

Nimmt man aus den Verunglückungen alle diejenigen heraus, welche „in Folge von Entgleisungen, Zusammenstösse und sonstigen Betriebsereignissen“ stattfanden, so entfallen hierauf 41 Reisende (2 getödtet und 39 verletzt) und 164 Beamte (5 getödtet und 159 verletzt). Es kommen dann auf jeden der 41 verunglückten Reisenden 17000 der beförderten Personen führenden Züge und 25000000 der durch dieselben zurückgelegten Achskilometer; auf je 1 der 164 verunglückten Beamten rund 8000 Züge und 22000000 Achskilometer. —

Bedenkt man, dass es bei einem Eisenbahnunglück meistens sehr vom Zufall abhängt, ob die Folgen desselben schwer oder leicht sind, insbesondere ob es den Verlust von Menschenleben nach sich zieht oder nicht, so kann man vielleicht zu der Ansicht gelangen, dass es am lehrreichsten ist, die Anzahl der überhaupt stattgehabten Unglücksfälle mit der Anzahl der beförderten Züge und der zurückgelegten Achskilometer zu vergleichen. Dies ergibt dann, da die Summe der vorhin aufgeführten Unfälle 1408, die der beförderten Züge 1275309 und die der zurückgelegten Achskilometer rund 3664000000 beträgt, 1 Unfall auf je 906 Züge und 2600000 Achskilometer.

Die meisten Unglücksfälle hatten, nach absteigender Reihenfolge: die Bergisch-Märkische, Köln-Mindener, Niederschlesisch-Märkische, Oberschlesische, Sächsische Staats-, Rheinische, Ost- und Magdeburg-Leipziger Bahn. Relativ, d. h. nach Verhältniss der auf 1 Verunglückung kommenden Zahl der beförderten Achskilometer aller Züge, stehen am ungünstigsten (wieder absteigend): die Magdeburg-Leipziger, Breslau-Warschauer, Bergisch-Märkische, Rechte Oder-Ufer-, Saal-, Tilsit-Insterburger, Lübeck-Büchener, Rheinische, Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn.

Eine Vergleichung der Unglücksfälle des hier betrachteten letzten Halbjahres 1874 mit denen früherer Jahre in Deutschland und in andern Ländern ist leider nicht möglich, weil die hier gebrauchten Maassstäbe (Zahl der beförderten Züge und der zurückgelegten Achskilometer) in der Statistik früherer Jahre nicht angewendet zu sein scheinen. Man hat früher nur die Zahl der getödteten und verletzten Reisenden — wenn wir uns hier auf diese beschränken wollen — mit denjenigen der überhaupt beförderten Reisenden verglichen.

Wir müssen uns also, da der Schluss unserer Betrachtung nun einmal zu einem Rückblick über frühere Jahre auffordert, damit begnügen, diese Jahre unter sich und ohne Beziehung zu den Ergebnissen des Jahres 1874 zu vergleichen. Hierbei finden wir, dass auf preussischen Eisenbahnen (nach den statistischen Nachrichten) je 1 getödteter Reisender kam: 1863 auf 7000000 beförderter Reisender, 1865 auf 5000000, 1867 auf 19000000, 1869 auf 15000000, 1871 auf 2000000, 1872 auf 8000000 und 1873 auf 9000000. Hiernach haben wir uns also von dem ausnahmsweise ungünstigen Jahr 1871 aus schon wieder zu einem erträglichen Mittelsatze der Verunglückungen emporgehoben.

Ziehen wir, wie es in England zu geschehen pflegt, nur diejenigen Reisenden in Betracht, die ohne eigene Unvorsichtigkeit und Verschulden getödtet wurden, so kommen von diesen je 1: in 1863 auf 30000000, in 1865 auf 7000000, in 1871 auf 3000000, in 1872 auf 86000000 überhaupt Beförderter. In den Jahren 1867 und 69 wurde kein Reisender ohne sein Verschulden getödtet.

Diesen letzteren Zahlen stehen in England (nach dem offiziellen Bericht des Kapitan Tyler) gegenüber: für 1871 die Zahl von 31000000, für 1870 5000000 und als Durchschnitt der Jahre 1866 bis 1870 10000000.

Wir ersehen, trotz der kolossalen Abweichungen, die sich bei dieser Art der statistischen Rechnung nothwendig ergeben, dennoch aus der letzten Zusammenstellung mit ziemlicher Bestimmtheit, dass die deutschen Bahnen, den englischen gegenüber, an Sicherheit der Eisenbahnbeförderung in den letzten Jahren nicht zurückgeblieben sind. X.

Rückblicke auf die Gesetzgebung in der letzten Session des preussischen Landtags.

Unter den 66 Gesetzentwürfen, mit deren Berathung die jüngst geschlossene lange Session des preuss. Landtags befasst war, befinden sich eine grössere Anzahl solcher, durch die das Bau- und Bauverwaltungswesen des Landes theils in erheblicher, theils in minder erheblicher Art und Weise berührt wird. Es mag beispielsweise erinnert werden: an die neue Provinzial-Ordnung und das daran unmittelbar sich anschliessende Gesetz über die Dotation der Provinzial- und Kreisverbände, ferner an das Gesetz betr. die Anlage und Veränderung von Strassen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, an mehrere Gesetze aus dem Gebiete des Eisenbahnwesens, endlich an das Gesetz betr. die Erhaltung und Begründung von Schutzwaldungen. Nachdem die Mehrzahl dieser Gesetze in jüngster Zeit die königliche Sanction erhalten und in der Gesetzsammlung publiziert worden ist, erscheint uns der Versuch nicht unangemessen, den Inhalt und die Bedeutung dieser Gesetze, vom Standpunkte des Technikers aus, in einigen Rückblicken dem Leserkreise unseres Blattes vorzuführen.

Wir beginnen dabei mit dem vom 6. Juli cr. datirenden

Gesetz betr. Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, welches Gesetz, trotz seines, nach äusserem Anscheine vorhandenen Mangels an Zusammenhang mit Bau- und Bauverwaltungswesen, dennoch von weitreichenden Beziehungen zu denselben ist.

Entsprechend seinem Titel zerfällt das neue Gesetz äusserlich und innerlich in 2 Theile, zwischen denen ein untrennbarer Zusammenhang nicht stattfindet. Nur der erste, 22 Paragraphen umfassende Theil enthält Beziehungen zum Bauwesen, wodurch wir in der Lage sind, unsere Besprechung auf ihn beschränken zu können. Dieser Theil, zusammen mit den beiden Schlussparagraphen des Gesetzes, lautet wörtlich wie folgt:

Gesetz, betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften. Vom 6. Juli 1875. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den ganzen Umfang derselben, was folgt:

§. 1. Die Benutzung und Bewirthschaftung von Waldgrundstücken unterliegt nur denjenigen landespolizeilichen

Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.

Die über die Beaufsichtigung, Benutzung und Bewirthschaftung der Staats-, Gemeinde-, Korporations-, Genossenschafts- und Instituten-Forsten, sowie der schleswig-holsteinischen sogenannten Bondenholzungen bestehenden besonderen Vorschriften bleiben jedoch in Kraft.

§. 2. In Fällen, in denen:

- durch die Beschaffenheit von Sandländereien benachbarte Grundstücke, öffentliche Anlagen, natürliche oder künstliche Wasserläufe der Gefahr der Versandung,
- durch das Abschwemmen des Bodens oder durch die Bildung von Wasserstürzen in hohen Freilagen, auf Bergücken, Bergkuppen und an Berghängen, die unterhalb gelegenen nutzbaren Grundstücke, Strassen oder Gebäude der Gefahr einer Ueberschüttung mit Erde oder Steingeröll, oder der Ueberfluthung, ingleichen oberhalb gelegene Grundstücke, öffentliche Anlagen oder Gebäude der Gefahr des Nachrutschens,
- durch die Zerstörung eines Waldbestandes an den Ufern von Kanälen oder natürlichen Wasserläufen Ufergrundstücke der Gefahr des Abbruches, oder die im Schutze der Waldungen gelegenen Gebäude oder öffentlichen Anlagen der Gefahr des Eisganges,
- durch die Zerstörung eines Waldbestandes Flüsse der Gefahr einer Verminderung ihres Wasserstandes,
- durch die Zerstörung eines Waldbestandes in den Freilagen und in der Seenähe benachbarte Feldfluren und Ortschaften den nachtheiligen Einwirkungen der Winde in erheblichem Grade ausgesetzt sind, kann Behufs Abwendung dieser Gefahren sowohl die Art der Benutzung der gefährbringenden Grundstücke, als auch die Ausführung von Waldkulturen oder sonstigen Schutzanlagen auf Antrag (§. 3) angeordnet werden, wenn der abzuwendende Schaden den aus der Einschränkung für den Eigenthümer entstehenden Nachtheil beträchtlich überwiegt.

Die Deckung und Aufforstung der Meeresdünen kann auf Grund dieses Gesetzes nicht gefordert werden.

§. 3. Der Antrag auf Erlass der im §. 2 vorgesehenen Anordnungen kann gestellt werden:

- von jedem gefährdeten Interessenten,
- von Gemeinde-, Amts-, Kreis- und sonstigen Kommunalverbänden in allen innerhalb ihrer Bezirke vorkommenden Fällen (§. 2),
- von der Landespolizeibehörde.

§. 4. Eigenthümer, Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtignte, sowie Pächter der gefährbringenden Grundstücke sind verpflichtet, sich allen Beschränkungen in der Benutzung der letzteren zu unterwerfen, welche in Gemässheit des §. 2 dieses Gesetzes angeordnet werden, und die Ausführung der auf Grund dieser Vorschrift angeordneten Waldkulturen oder sonstigen Schutzanlagen zu gestatten. Es ist ihnen jedoch für den Schaden, welchen sie durch die angeordneten Beschränkungen erleiden, volle Entschädigung zu gewähren. Auch können die Eigenthümer der gefährbringenden Grundstücke verlangen, dass ihnen die Herstellung und Unterhaltung der angeordneten Schutzanlagen auf eigene Kosten überlassen werde; sie unterliegen jedoch dabei der im §. 20 angeordneten Aufsicht.

§. 5. In Bezug auf die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der angeordneten Schutzanlagen, sowie die nach §. 4 zu leistende Entschädigung treten, in Ermangelung anderweitiger Vereinbarung, folgende Bestimmungen in Kraft.

Die Pflicht der Entschädigung und die Aufbringung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung der auf Grund des §. 2 angeordneten Waldkulturen und sonstigen Schutzanlagen liegt dem Antragsteller ob.

Es haben jedoch dazu, in den Fällen a, b und c des §. 2, die Eigenthümer der gefährdeten Grundstücke, Gebäude, Wasserläufe oder öffentlichen Anlagen nach Verhältniss und bis zur Werthshöhe des abzuwendenden Schadens beizutragen.

Zu den Kosten der Schutzanlagen haben ausserdem, und zwar in allen Fällen des §. 2, auch die Eigenthümer der gefährbringenden Grundstücke, nach Verhältniss und bis zur Höhe des Mehrwerthes, welchen ihre Grundstücke durch die Anlagen erlangen, beizutragen.

§. 6. Der Antragsteller ist befugt, sofern nicht bereits eine dem öffentlichen Interesse (§. 15) nicht entgegenstehende Vereinbarung über die Entschädigung und die Kosten der Schutzanlagen zu Stande gekommen ist, seinen Antrag bis zur rechtskräftigen Feststellung des Regulativs durch das Waldschutzgericht zurückzunehmen, in den Fällen a, b und c des §. 2 jedoch nach Offenlegung des Regulativs durch den Kommissar nur dann, wenn er zur Deckung der Entschädigung oder der Kosten der Schutzanlagen in seiner Eigenschaft als Antragsteller beizutragen hat.

§. 7. Die Entscheidung darüber, ob und welche Maassregeln in jedem einzelnen Falle anzuordnen sind, sowie die Entscheidung über Entschädigung und Kosten (§. 5) erfolgt durch den Kreisausschuss, in den Hohenzollernschen Landes- theilen durch den Amtsausschuss. Der Kreis- bzw. Amtsausschuss führt in diesen Fällen die Bezeichnung Waldschutzgericht.

Auf das Verfahren vor dem Waldschutzgerichte, auf die Berufung gegen die Entscheidung desselben und auf das Verfahren in den Berufungsinstanzen finden die gesetzlichen Vor-

schriften, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren, Anwendung.

Es treten jedoch für das Verfahren vor den Waldschutzgerichten folgende besondere Bestimmungen in Kraft.

§. 8. Der Antrag auf Erlass der im §. 2 vorgesehenen Anordnungen ist dem zuständigen Waldschutzgerichte schriftlich einzureichen.

Der Antrag muss die gefährdeten und gefährbringenden Grundstücke, sowie die Art der Gefährdung genau bezeichnen und einen bestimmten Vorschlag über die zu ergreifenden Schutzmaassregeln enthalten.

Die Zuständigkeit des Waldschutzgerichts wird durch die Belegenheit des gefährbringenden Grundstückes bestimmt. Geht der Antrag von dem Bezirke selbst aus, oder ist er gegen diesen gerichtet, so bestimmt das Verwaltungsgericht das zuständige Waldschutzgericht.

§. 9. Das Waldschutzgericht ernennt eines seiner Mitglieder oder einen anderen Sachverständigen zum Kommissar, welcher den Sachverhalt im vollen Umfange an Ort und Stelle und unter Anhörung der Betheiligten zu ermitteln und erforderlichen Falles den Beweis zu erheben hat.

§. 10. Das Waldschutzgericht kann auf Antrag des Kommissars oder der Betheiligten die Frage, ob eine Gefährdung im Sinne des §. 2 vorliegt, vorab durch Endurtheil entscheiden und bis zur Rechtskraft desselben das weitere Verfahren einstellen.

Vor der Entscheidung hat der Kommissar über diese Frage ein schriftliches Gutachten anzufertigen, welches für die Betheiligten nach Maassgabe des §. 13 offen zu legen ist.

§. 11. Auf Grund seiner Ermittlungen hat der Kommissar ein Regulativ zu entwerfen, welches insbesondere folgende Punkte enthalten muss;

- 1) die Bestimmung der gefährbringenden und gefährdeten Grundstücke;
- 2) die Einschränkungen in der Benutzung, welche den gefährbringenden Grundstücken aufzulegen sind;
- 3) die Bestimmungen über die Herstellung, Unterhaltung und Aufsicht der erforderlichen Waldkulturen und sonstigen Schutzanlagen;
- 4) die Bestimmungen darüber, welche Entschädigungen, von wem, nach welchem Verhältniss, bis zu welchem Betrage und zu welchem Zeitpunkt dieselben, sowie die Kosten der Schutzanlagen aufzubringen sind.

§. 12. Der Entwurf des Regulativs ist mit einem schriftlichen Gutachten zu begleiten, welches die getroffenen Bestimmungen zu begründen, und die einschlagenden Fragen vollständig zu erörtern hat.

§. 13. Der Kommissar hat das Gutachten und das Regulativ zur Einsichtnahme der Eigenthümer, Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtignten und der Pächter der gefährbringenden Grundstücke, sowie der gefährdeten Interessenten vier Wochen lang in den Gemeinden, in welchen der betheiligte Grundbesitz belegen ist, bei dem Gemeindevorsteher offen zu legen und dass dies angeordnet, zur Kenntnissnahme der Interessenten zu bringen.

Geht der Antrag von einem Kommunalverbande oder von der Landespolizeibehörde aus, so ist dem Antragsteller das Gutachten und das Regulativ zuzufertigen.

Demnächst hat der Kommissar die sämtlichen Betheiligten Behufs Anmeldung ihrer Einwendungen gegen den Entwurf des Regulativs zu einer mündlichen Verhandlung unter der Verwarnung zu laden, dass die Berücksichtigung später erhobener Einwendungen durch das Waldschutzgericht ausgeschlossen werden kann.

In der mündlichen Verhandlung hat der Kommissar die Einwendungen und Gegenvorschläge zu erörtern und diejenigen, über welche eine Vereinbarung nicht erzielt werden kann, festzustellen.

§. 14. Ueber Beschwerden, welche die Leitung des Verfahrens durch den Kommissar betreffen, entscheidet das Waldschutzgericht endgültig.

§. 15. Das Waldschutzgericht kann ohne Weiteres das Regulativ durch Bescheid festsetzen und vollstreckbar erklären, wenn Einwendungen nicht vorliegen und sich auch im öffentlichen Interesse nichts dagegen zu erinnern findet. Der Bescheid ist den Betheiligten unter der Eröffnung zuzustellen, dass dieselben befugt seien, innerhalb einer zehntägigen Frist vom Tage der Zustellung an gegen den Bescheid Einspruch zu erheben und die Anberaumung der mündlichen Verhandlung zu beantragen. Wird kein Einspruch erhoben, so gilt der Bescheid vom Tage der Zustellung ab als Endurtheil.

§. 16. Zur mündlichen Verhandlung vor dem Waldschutzgericht sind die gefährdeten Interessenten, die Eigenthümer, die Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtignten, sowie die Pächter der gefährbringenden Grundstücke und der Antragsteller (§§. 4, 5 und 11 Nr. 4) durch besondere Vorladungen, alle die sonst ein Interesse zur Sache zu haben verneinen, durch einmalige öffentliche Bekanntmachung im Amts- und Kreisblatt unter der Verwarnung vorzuladen, dass beim Ausbleiben nach Lage der Verhandlungen werde entschieden werden.

Das Waldschutzgericht hat durch Endurtheil über die gegen das Regulativ erhobenen Einwendungen zu entscheiden und beziehungsweise das Regulativ festzusetzen.

Streitigkeiten über die Existenz und den Umfang von Privatrechten verbleiben dem ordentlichen Rechtswege.

§. 17. Die durch das Regulativ den Eigenthümern gefährdeter oder gefährbringender Grundstücke auferlegte Beitragspflicht zur Entschädigung oder zu den Kosten der Schutzanlagen (§. 5) ruht auf diesen Grundstücken und ist den öffentlichen gemeinen Lasten gleich zu achten.

Bei Parzellirungen muss die Beitragspflicht auf alle Trennstücke verhältnissmässig vertheilt werden.

Rückständige Beiträge können auch von den Pächtern und sonstigen Nutzungsberechtigten der verpflichteten Grundstücke, vorbehaltlich ihres Regresses an die eigentlich Verpflichteten, im Wege der administrativen Exekution beigetrieben werden.

Die dem Eigenthümer des gefährbringenden Grundstücks auferlegte Beschränkung und die den Eigenthümern der gefährbringenden und der gefährdeten Grundstücke auferlegte Beitragspflicht ist unter Hinweis auf die näheren Bestimmungen des Regulativs im Grundbuche einzutragen. Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Vorsitzenden des Waldschutzgerichts.

§. 18. Sämmtliche in dem Verfahren vorkommende Verhandlungen und Geschäfte, einschliesslich der Eintragung in die Grundbücher und der von den Gerichten oder anderen Behörden zu ertheilenden Auskunft, sind gebühren- und stempelfrei; es werden nur die baaren Auslagen in Ansatz gebracht.

Die Kommissare, soweit dieselben nicht Mitglieder des Waldschutzgerichts sind, und die sonst zugezogenen Sachverständigen erhalten für ihre Arbeiten, für ihre baaren Auslagen, sowie für Reise- und Zehrungskosten Entschädigungen nach Maassgabe des Kostenregulativs vom 25. April 1836 und der später dazu ergangenen oder noch ergehenden Vorschriften.

Ist ein Mitglied des Waldschutzgerichts zum Kommissar ernannt, so hat derselbe nur Anspruch auf Ersatz der Reise- und Zehrungskosten nach Maassgabe vorgedachten Kostenregulativs.

§. 19. Die Kosten des Verfahrens, welche erforderlichen Falls aus Kreiskommunalmitteln oder, wenn der Antrag von der Landespolizeibehörde ausgeht, durch diese vorgeschossen werden müssen, hat der Antragsteller allein zu tragen, wenn der Antrag zurückgewiesen oder zurückgezogen ist; andernfalls finden auf diese Kosten diejenigen Vorschriften Anwendung, welche in den §§. 4 und 5 dieses Gesetzes über die Aufbringung der zu leistenden Entschädigung, bezw. über die Bestreitung der auf die angeordneten Anlagen zu verwendenden Kosten ertheilt sind.

§. 20. Die Ausführung des Regulativs, insbesondere die Ausschreibung und Einziehung der festgesetzten Beiträge zu der Entschädigung und zu den Kosten der Schutzanlagen, die Auszahlung der Entschädigung und die Aufsicht darüber, dass die angeordneten Schutzanlagen regulativmässig hergestellt und unterhalten, auch die sonstigen im Regulativ festgesetzten Anordnungen befolgt werden, liegt dem Vorsitzenden des Waldschutzgerichts von Amtswegen ob.

Gegen Verfügungen des Vorsitzenden, welche dem Regulativ widersprechen, kann innerhalb 10 Tagen nach erfolgter Zustellung bei dem Waldschutzgerichte Einspruch erhoben werden, welches darüber entscheidet.

§. 21. Ist Gefahr im Verzuge, so kann der Vorsitzende des Waldschutzgerichtes im öffentlichen Interesse schon vor rechtskräftiger Entscheidung vorläufige Anordnungen treffen zur Verhinderung solcher Unternehmungen, welche eine die Gefahr vergrössernde oder begünstigende Veränderung in der Bewirthschaftung des Grundstückes vorbereiten. Er kann diese Anordnungen nach Maassgabe der §§. 79 und 81 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. S. 661) durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel durchsetzen.

Sowohl gegen die Anordnung als gegen die Festsetzung der Strafe kann innerhalb 10 Tagen nach erfolgter Zustellung die Klage bei dem Verwaltungsgericht erhoben werden.

§. 22. Ein rechtsverbindlich festgestelltes Regulativ kann später wieder abgeändert werden. Die Abänderung erfolgt auf Antrag eines Betheiligten und ist in demselben Verfahren wie die ursprüngliche Festsetzung zu bewirken.

§. 53. Die Eigenthümer, Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtigten, sowie Pächter sind, wenn sie den Bestimmungen des Regulativs (§. 20) zuwider Holz einschlagen, mit einer Geldstrafe zu belegen, welche dem doppelten Werthbetrage des gefällten Holzes gleichkommt.

Wenn sie die sonstigen Festsetzungen des Regulativs, durch welche eine bestimmte Art der Benutzung vorgeschrieben oder verboten wird, übertreten, sind sie mit einer Geldbusse bis zu 100 M. zu bestrafen.

§. 54. Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Angenscheinlich sind in den §§. 1, 2, 6, 7 und 11 die Kernpunkte des neuen Gesetzes enthalten, durch welches sowohl neues Recht als neue Rechtsformen konstituiert werden. Ersteres ist in den §§. 1 und 2 niedergelegt, letztere sind in den sonst angezogenen und einigen anderen Paragraphen vorgeschrieben.

§. 1 beseitigt mit einem Schlage die zahlreichen Ungleichheiten, welche in Betreff der Aufsichtsrechte des Staats über die Privatwaldungen bestehen, durch die einfache Aufhebung dieses Aufsichtsrechts. Aller Waldbesitz, gleichviel ob öffentlicher oder Privatwald, wird als freies Eigenthum erklärt, an

dem die Ausübung der Eigenthumsrechte nur in Einzelfällen, welche sich als Ausnahmen charakterisiren und genau spezialisirt sind, Beschränkungen erleidet; nur in Bezug auf die sog. halböffentlichen Waldungen, zu denen der Staat eine besondere rechtliche Stellung einnimmt, werden die bisher bestehenden Beschränkungen der Dispositionsbefugnisse ihrer Besitzer einstweilen aufrecht erhalten.

Der §. 2 des Gesetzes statuirt ein Vorgehen auf einem gesetzgeberischem Gebiete, welches u. W. bisher noch nirgend betreten worden ist; der vielfach anerkannten Dringlichkeit wegen dürfte dieses Vorgehen im Laufe der nächsten Jahre in anderen Staaten mehrfache Nachahmung finden. Umfang und Tragweite der im §. 2 getroffenen Bestimmungen verdienen ein längeres Verweilen dabei.

Die sub a bis incl. e aufgezählten 5 Fälle, in welchen dem Eigenthümer eines Waldes (sei dieser nun der Staat, eine Korporation oder ein Privatbesitzer) Beschränkungen seiner Eigenthumsrechte auferlegt werden können, werden sich zwar meist als solche charakterisiren, die aus dem Bedürfnisse der öffentlichen Nützlichkeit hervorgehen; da es jedoch mit bestimmter Absicht unterlassen ist, dieses Motiv im §. 2 heranzuziehen, so ergibt sich, dass die Anwendung des Gesetzes an die Voraussetzung eines Nutzens, der im öffentlichen Interesse zu erstreben wäre, nicht gebunden ist, sondern dasselbe mit gleicher Wirksamkeit zu Gunsten jedes beschädigten Interesses angerufen werden kann; es ist demzufolge in §. 3 neben solchen Provokationsberechtigten, denen die Wahrung öffentlicher Interessen zufällt, auch jeder beschädigte Interessent als provokationsberechtigt hingestellt worden. Bleibt schon hier nach dem neuen Gesetz ein weiterer Spielraum gesichert, so ist ein zweites Moment, durch welches Beschränkungen in der Anwendbarkeit desselben fern gehalten werden, in der im §. 6 aufgenommenen Bestimmung gegeben, zufolge welcher derjenige, von dem der Antrag auf Feststellung gewisser Eigenthumsbeschränkungen ausgegangen, berechtigt ist, in einem solchen Stadium der Angelegenheit, wo der Umfang der durch seinen Antrag hervorgerufenen Kosten sich bereits überschauen lässt, von der weiteren Verfolgung des Antrags abzustehen.

Umgekehrt enthält das Gesetz aber auch mehrere Beschränkungen seiner Tragweite, als deren wesentlichste sich folgende darstellen:

1) Die in §. 2 gegebene strikte Begrenzung seiner Anwendbarkeit auf 5 verschiedene Fälle, wobei es zweifelhaft sein kann, ob in den dadurch geschaffenen Rahmen Einzelfälle besonderer Art, die vielleicht mit gleichem Rechte wie die aufgeführten, getroffen werden müssten, sich werden einfügen lassen.

2) Die Bestimmung in alin. 7 des §. 2, zufolge deren die in den speziellen Fällen sub a bis incl. e vorausgesetzte Gefahr sowohl „in erheblichem Grade“ vorhanden sein, als auch feststehen muss, dass der abzuwendende Schaden den aus der Einschränkung für den Eigenthümer entstehenden Nachtheil „beträchtlich“ überwiegt, um die Hülfe des Gesetzes in Anspruch nehmen zu können. Wir würden es für richtiger gehalten haben, das erste der beiden angeführten Kriterien fallen zu lassen und für das letzterwähnte eine schärfere Präzisierung als die jetzige, welche uns ungenügend erscheint, zu wählen.

Den unter 1 und 2 dargelegten Beschränkungen der Anwendbarkeit des Gesetzes treten noch ad

3) Beschränkungen solcher Art hinzu, die sich aus der gewählten Formulirung der 5 Einzelfälle, in denen das Gesetz anwendbar sein soll, ergeben werden.

Selten wird es mit Schwierigkeiten verbunden sein, zu entscheiden, ob einer der unter a, b, c in §. 2 des Gesetzes vorgesehenen 3 Fälle stattfindet oder nicht. Ganz anders jedoch gestaltet sich die Sachlage in Bezug auf die Fälle sub d und e. Von diesen beiden wird der Fall sub e vergleichsweise noch am leichtesten zu behandeln sein, während derjenige sub d wahrscheinlich nur unter ganz exceptionellen Umständen eine Behandlung nach dem vorliegenden Gesetze zulassen wird.

Bei der ziemlich unklaren und inhaltlosen Fassung, welche das betr. alinea in §. 2 erhalten hat, und das von der Unbehelflichkeit des Juristenthums, in technischen Dingen zu einer abgeklärten Ansicht zu gelangen, ein recht schlagendes Beispiel bietet, können wir nicht umhin, die betr. Gesetzesbestimmung für eine mehr oder weniger todgeborene rund heraus zu erklären. Die Fälle schlimmer Art, welche das Gesetz treffen musste und konnte, d. i. diejenigen, wo in Folge der Entwaldung der Quellengebiete nachtheilige Regimeveränderungen erheblicher Art eines Wasserlaufs zu befürchten stehen, bezw. bereits eingetreten sind, schliesst alin. 6 im §. 2 vollständig aus, um dafür in ganz verfehlter Ausdrucksweise einen Fall zu konstruiren, von dem die Möglichkeit des Vorkommens bis heute erst selten, und dann auch nur bei Wasserzügen von ganz untergeordneter Bedeutung konstatiert worden ist. Ueber die Schwierigkeiten der Feststellung eines solchen Falles nach Vorhandensein, Ursache und Wirkung desselben, scheinen die Urheber des neuen Gesetzes in ziemlich dunklen Vorstellungen befangen gewesen zu sein. Allem Anschein nach hat die mit der Vorprüfung des Gesetzesentwurfs beschäftigt gewesene Kommission recht gern den in diesen Zweifeln ihr dargebotenen Rettungsanker ergriffen, dass sie die von einem ihrer Mitglieder

herbeigetrage Erklärung sich zu eigen machte, man dürfe sogenannten wissenschaftlichen Untersuchungen nicht unbedingtes Vertrauen schenken, und, gestützt hierauf, von einer genauen und sachgemässen Präzisierung des vorliegenden Falles Abstand nahm. Die Kommissionsverhandlungen lassen ersehen, dass die angezweifelte „sogenannten wissenschaftlichen“ Untersuchungen aus statistischem und technischem Material bestanden haben, über dessen Ursprung und Inhalt etwas Näheres nicht angegeben ist. Auch darin noch, dass die Kommissionsmitglieder sich in der Auffassung einigten, dass durch Einfügung der Fälle sub d und e in den § 2 des Gesetzes weniger das Bestreben etwas Neues zu schaffen, als vielmehr dasjenige dokumentirt werden solle, schon Bestehendes zu konserviren, hat man vielleicht einen Grund gefunden, von der wünschenswerthen eingehenden Untersuchung des vorliegenden Falles, die früher oder später sich wohl als unabweislich herandrängen wird, vorläufig Abstand zu nehmen. —

Erschwerend für eine weitgreifende Wirksamkeit des neuen Gesetzes wird:

4) noch der Umstand sein, dass laut §. 4 desselben den Eigenthümern volle Entschädigung für die Beeinträchtigung ihrer Eigenthumsrechte gewährt werden soll. Darunter ist zu verstehen, dass nicht nur für den unmittelbar entstandenen Schaden, sondern auch für den entzogenen Gewinn Entschädigung gezahlt werden muss. Der einseitige juristische Standpunkt, der sich in diesem Beschlusse dokumentirt, wird ebenso, wie bei Anlagen anderer Art, bei denen ein öffentliches Interesse konkurriert, häufig ein ernstes Hinderniss für die Ausführung dieses neuen Gesetzes abgeben. Da die betreffende Bestimmung gegen den ausdrücklichen Willen der Staatsregierung in das Gesetz hineingetragen worden ist, so erscheint die Möglichkeit, dass man, wenn die Bestimmung sich erst in einigen Fällen der Wirklichkeit als verhängnissvoll erwiesen haben wird, von derselben wieder zurückkommt, nicht eben in sehr weite Ferne gerückt. Eine theilweise Kompensation der bemängelten Gesetzesbestimmung, die in vielen Fällen zu Forderungen ausschweifender Art den Anlass bieten wird, wird man übrigens in der nach §. 5 alin. 4 getroffenen Bestimmung völlig neuer Art sehen können, dass zu den Kosten der Schutzanlagen auch die Eigenthümer der gefährbringenden und nicht nur die der gefährdeten Grundstücke herangezogen werden sollen. Wollte man sich entschliessen, das zu Grunde liegende — dem Recht und der Billigkeit entsprechende — Prinzip in die Gesetzgebung über Enteignungen zu Zwecken des Eisenbahn-, Wege-, Strassen- und Wasserbaues zu übertragen, so

würde manche Anlage von öffentlichem Interesse wesentlich leichter, als bei den heute bestehenden Gesetzesvorschriften, zur Durchführung gebracht werden können. —

Mehre Stimmen haben während der Verhandlung über den Gesetzentwurf sich dafür erhoben, die Handhabung desselben den Provinzialverwaltungen und nicht, wie jetzt geschehen, der niedrigeren Stufe der Verwaltung, den Kreis Ausschüssen, zu übertragen. Es ist nicht zu bezweifeln, dass manche Fälle, die das Gesetz umfasst, über den Horizont der Kreisausschüsse hinausgehen und dass für diese die Provinzialverwaltungen kompetentere Behörden bilden würden; andererseits aber darf auch der günstige Einfluss, den das Vorhandensein frischer, den Thatsachen unmittelbar nahe stehender Kräfte in den Kreisausschüssen auf die rasche und praktische Erledigung der betr. Angelegenheiten zweifellos mit sich bringen wird, nicht unterschätzt werden. —

Ob es für den Erfolg des Gesetzes günstig sein wird, dass die Ausführung desselben ausschliesslich in die Hände des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten gelegt ist, mag mit Grund bezweifelt werden. Bei den vielfachen Beziehungen, in denen das neue Gesetz zu Handel, Verkehr- und Bauwesen steht, und bei der Thatsache, dass das Handelsministerium in der Lage ist, sich bezüglich einer ganzen Anzahl von Fällen viel leichter und sicherer au fait zu setzen, als das in recht enge Verhältnisse eingeschnürte landwirthschaftliche Ministerium, scheint uns die völlige Ausschliessung des ersteren bei der Ausführung des Gesetzes mindestens nicht wünschenswerth, sondern eher ein Fehler zu sein. —

Was man schliesslich aber dem neuen Gesetze zu hohem Lobe nachsagen kann, ist die überaus praktische Art und Weise, welche für das geschäftliche Verfahren bei Behandlung von Spezialfällen vorgeschrieben ist. Indem man von dem Verfahren nicht nur die Anknüpfung durch Akten und Aktenstau möglichst fern hielt, sondern auch die vollständige Abwicklung in die Hände der Verwaltungsbehörde legte und dem Richter mit seinem Formalitätenwesen den Eingang in dasselbe verwehrte, hat man die Brauchbarkeit des neuen Gesetzes wesentlich erhöht und zugleich ein Vorbild für spätere ähnliche Einrichtungen geschaffen. Das für die Handhabung des neuen Gesetzes vorgeschriebene Verfahren entspricht der Anschauung, dass in Fällen, wo der Richter ausschliesslich auf das Urtheil von Sachverständigen und nicht auf eigenes Wissen angewiesen ist, man besser thut, ihn ganz aus dem Spiele zu lassen und dem oder den Sachverständigen die richterlichen Funktionen mit zu übertragen.

(Fortsetzung folgt.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Architekten-Verein zu Berlin. Die 7. Sommer-Exkursion des Vereins, welche etwa 100 Theilnehmer zählte, begann mit der Besichtigung des Domes. Wir haben denselben bei Gelegenheit eines früheren Besuches erst im Jahrg. 1872 u. Bl. (S. 190) eine eingehende Besprechung gewidmet, auf die wir hier verweisen können. Die Fürstengruft der Hohenzollern in den Kellerräumen des Domes, deren bedauerlichen Zustand wir damals gebührend hervorgehoben hatten, ist zur Zeit nicht mehr zugänglich. Das Unwürdige dieser Anlage ist seither auch von anderer Seite erkannt worden und es ist hieraus wohl in erster Linie der Entschluss gereift, den Bau des von König Friedrich Wilhelm IV begonnenen Camposanto wieder aufzunehmen und denselben, soweit das alte, vorläufig noch zu erhaltende Domgebäude dies gestattet, möglichst schnell zu Ende zu führen.

Der nördlich vom Dome, zwischen Lustgarten und Spree liegende Camposanto, dessen Baustelle den zweiten Gegenstand der Besichtigung bildete, ist bekanntlich ein Theil der von Stüler, nach den Ideen Friedrich Wilhelm's IV projektierten Dom-Anlage nach altchristlichem Basiliken-Schema, mit deren Ausführung im Jahre 1844 begonnen wurde. Indem wir auf den Grundriss derselben im Jahrg. 1869 u. Bl. (S. 72) verweisen, sei hier kurz bemerkt, dass das Bauwerk in seinem oberen Theile aus einem quadratischen Vorhofe von 57,50^m Seite mit 10,35^m breiten offenen Säulenhallen und einer östlich angeschlossenen Kapellen-Anlage besteht. Für die Innen-Wände dieser Hallen, je in einer Länge von 57,50^m und einer Höhe von 11,30^m hatte der im Jahre 1845 nach Berlin berufene Cornelius seinen berühmten Freskenzyklus entworfen, von dem jedoch nur die Kartons für eine Seite fertig geworden sind. Von dem in die Spree hineinragenden Kapellenflügel, aus dem 3 Absiden nach Osten und eine nach Norden vorspringen, war der mittlere, durch einen breiten Bogen nach dem Camposanto geöffnete Raum, aus dem eine Versenkung nach den unteren Räumen führen sollte, für die Beisetzungsfestlichkeiten bestimmt; der linke Theil bildet die Kapelle für Trauergottesdienste, der rechte sollte zur Sakristei für den Dom dienen. — Unter diesem Kapellenflügel war in den Räumen des Unterbaues die eigentliche Fürstengruft angenommen, in welcher die regierenden Monarchen des Hohenzollerngeschlechts ihre Ruhestätte finden sollen. Von den Räumen unter den Camposanto-Hallen sollte der grössere Theil zur Bestattung der übrigen Mitglieder des Fürstengeschlechtes, ein kleinerer zur Bestattung der hervorragendsten Männer der Nation dienen.

Die Einstellung des Dombaues erfolgte bekanntlich bereits im Jahre 1848. Vom Camposanto waren zu dieser Zeit der

grössere Theil der Mauern des Unterbaues, sowie ein Theil der Umfassungsmauer im Norden und Osten vollendet. Um die für den Bau angefertigten Modelle etc. bergen zu können, hat man an die fertige Nordmauer einen provisorischen Flügel angeschlossen, der neben jenem Zweck seither schon mehrmals zu Ausstellungen, als Atelier für grössere Bildhauerarbeiten etc. bewilligt worden ist. — Die Idee einer Vollendung des Camposanto ist übrigens niemals aufgegeben worden; die unveränderte Beibehaltung derselben bildete eine obligatorische Bedingung im Programm der 1867 ausgeschriebenen Dombaukonkurrenz und sie ist eine derjenigen gewesen, die den Konkurrenten nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg setzten. Jetzt haben die oben berührten Verhältnisse Veranlassung gegeben, die noch in ungewisser Zukunft schwebende Lösung der Dombaufrage nicht abzuwarten, sondern die Vollendung des Camposanto in den durch das Vorhandensein des alten Domes gezogenen Grenzen unverzüglich ins Werk zu setzen. Der Landtag hat als erste Rate für den Bau die Summe von 600 000 M. bewilligt und vielleicht noch in diesem, spätestens im nächsten Jahre wird die Ausführung, welche der Geheime Ober-Baurath Salzenberg und unter diesem der Baumeister H. Wex leiten wird, ihren Anfang nehmen. Soviel wir erfahren haben, wird die getreue Festhaltung des Stüler'schen Projekts beabsichtigt. Von einer Ausführung des Cornelius'schen Freskenzyklus wird man, selbst wenn die Ansichten hierüber noch nicht überall geklärt sein sollten, selbstverständlich Abstand nehmen müssen; denn wo fände sich ein Meister ersten oder auch nur zweiten Ranges, der die Arbeit seines halben Lebens daran setzen sollte, die Werke eines Anderen auf die Wand zu übertragen und im Stile eines Anderen, nach den Skizzen desselben zu komponiren — selbst wenn er dies könnte? Der beliebte Ausweg, eine untergeordnete Kraft mit dieser Arbeit zu „beauftragen“, ist hier gleichfalls abgeschnitten; denn dem Stürme des Unwillens, der sich demgegenüber in der öffentlichen Meinung erheben würde, dürften doch selbst die zähesten Herrscher am grünen Tische nicht gewachsen sein. Alle Gerüchte, die in dieser Beziehung kursiren, unter anderen: man beabsichtige die Cornelius'schen Kartons in Sgraffito (!) umzusetzen, sind daher als müssige Erfindungen zu bezeichnen. —

Bei dem gegenwärtigen, noch unberührten Zustande der Baustelle konnten im Wesentlichen nur die in jenem oben erwähnten Flügelbau enthaltenen Gegenstände einer Besichtigung unterworfen werden. In erster Linie interessirten bei derselben die grossen Modelle der 3 Stüler'schen Dom-Entwürfe, von denen das älteste eine Basilika mit gradlinigen Ueberdeckun-

gen und den Thürmen auf der Ostseite zeigt, das zweite den 1844 beginnenden Bau und das dritte, erst 1857 angefertigt, den letzten Entwurf Stüler's, einen Zentralbau mit kolossaler Kuppel, darstellt. Speziell dem Bau des Camposanto gehört eine grosse Zahl fertiger Lavamalereien an, die zur Dekoration des in buntem Ziegelbau projektirten Aeusseren bestimmt waren. Wenn diese in Lavatafeln eingebrannten Maleereien wirklich so wetterbeständig sind, wie behauptet wird, so begreift man nicht, warum von denselben bisher ein so spärlicher Gebrauch gemacht worden ist, dass sie den meisten Architekten nur dem Namen nach bekannt sind. — Ein jedenfalls aus den ersten Regierungsjahren König Friedrich Wilhelm IV stammendes Modell zeigt einen Versuch, das grosse westliche Portal des Berliner Schlosses, über dem später die Kuppel errichtet wurde, ganz im Sinne eines Triumphbogens durchzubilden und mit reichem plastischen Schmuck auszustatten. Neuerer Zeit gehört das kleine Gesamt-Modell des von Strack entworfenen Düppeldenkmals, nebst den Originalmodellen der an demselben angebrachten Soldatenfiguren an. Die neueste Zeit endlich repräsentirt ein von Hrn. Bildhauer Lürssen so eben fertig modellirter, kolossaler Adler, der für das nach Grunert's Entwürfe zu Erfurt in Ausführung begriffenen Kriegerdenkmal bestimmt ist. —

Vom Camposanto wandte sich die Exkursionsgesellschaft zur Besichtigung der Nationalgalerie. Der seit 1867 in Ausführung begriffene Bau hat in letzter Zeit schnelle Fortschritte gemacht. Nach Hinwegräumung der alten Bauten, die ihn einengten, wird man binnen Kurzem das Aeusserer vollständig würdigen können. Auch im Innern ist man daran, die letzte Hand anzulegen. Der plastische Schmuck ist überall eingesetzt, die dekorative Malerei fast durchweg vollendet und auch der Gemaldeschmuck der Haupträume, an dessen Ausführung die Maler Ewald, A. von Heyden, Bendemann und Janssen thätig sind, ist erheblich vorgerückt. Bekanntlich soll demnächst mit der Aufstellung der Kunstgegenstände begonnen werden. Details mitzuthellen, ersparen wir uns bis zur gänzlichen Fertigstellung des Baues, nach der es einzig möglich sein wird, die dekorative Ausstattung desselben, in der eine Fülle neuer Ideen und Versuche und ein staunenswerthes Quantum an selbstständiger, schöpferischer Arbeit enthalten sind, objektiv zu würdigen. Die allgemeine Anlage des Baues in architektonischer Beziehung ist aus früheren Berichten u. Bl. ausreichend bekannt. —

Zum Schlusse fand ein geselliges Zusammensein in der Restauration zur „Alten Post“ an der Kurfürstenbrücke statt. Das Gebäude ist als Palais des Grafen Warthenberg (nicht Wartensleben, wie in der Anzeige der Kommission durch einen Schreibfehler gesagt war) von Schlüter in den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts erbaut worden, befand sich jedoch seit geraumer Zeit in arg verfallenen Zustand. Ein in der „Gründerzeit“ aufgetauchter Plan, das Haus, dessen Hof bis zur Poststrasse durchgeht, zu einer „Passage“ umzubauen, schien jasselbe mit dem Untergange zu bedrohen, ist jedoch zu seinem Heile ausgeschlagen, da der Besitzer nach dem Scheitern dieses Projektes darauf bedacht gewesen ist, durch eine Wiederherstellung des Baues dessen Rang und Werth zu erhöhen. — Das Aeusserer, in den beiden Obergeschossen durch feine jonische Doppelpilaster gegliedert, von einer hohen mit Figuren besetzten Attika gekrönt, zeigt etwas gestelzte Verhältnisse, ist jedoch sehr bemerkenswerth durch die edle Strenge der Detaillirung. Ueber dem Balkonfenster war früher eine reiche allegorische Wappengruppe angebracht; selbstverständlich ist auch die Architektur des Erdgeschosses, in dem zum Theil Läden ausgebrochen sind, verändert. — Das Innere enthält im ersten Stocke, der gegenwärtig für ein grosses Restaurant eingerichtet ist, noch 5 Zimmer, in denen der Schmuck der Decken und Thürnen aus der ursprünglichen Einrichtung Schlüters herrührt. Einige der Decken, vor Allem die der Eckzimmer, gehören sowohl nach der Komposition, wie nach der Durchführung in Maasstab und Relief zu den besten derartigen Arbeiten Schlüters; sie sind freier als die entsprechenden Dekorationen im Charlottenburger Schloss, haben jedoch nichts von dem Schwulst, den die Mehrzahl der alten Decken im Berliner Schlosse doch unleugbar zeigen. Die Restauration derselben und ihre Ausstattung durch Vergoldung ist recht geschickt bewirkt und bringt sie erst zur vollen Geltung. An den Thürnen sind nur die Einfassungen und Superporten zu würdigen; die Schnitzerei der Flügel ist durch einen mehrfachen alten Oelfarbenanstrich, dessen Ablösung man gescheut hat, stark verschmiert. — Zu bedauern ist, dass die übrige Ausstattung der betreffenden Räume mit diesen Resten einer alten Zeit so wenig in Harmonie steht; die hellen Tapeten und gar erst die Bordüren und Friesstreifen, mit denen die Wände beklebt sind, bilden zu jenen einen wenig erfreulichen Gegensatz. — F. —

Konkurrenzen.

Monats-Aufgaben für den Architekten-Verein zu Berlin zum 4. September 1875.

I. Entwurf zu einem Treppenhause in einem reich ausgestatteten bürgerlichen Wohnhause. Der disponible Raum ist 6^m und 8^m im Lichten gross; Höhe des Souterrains über dem Strassenpflaster 1,5^m; Höhe bis zum Fussboden des 1. Stockwerks

weitere 5,2^m. Die Treppe soll in feinem Eisenguss mit Marmor-Belag projektirt und von dem ansteigenden, wie horizontalen Gelände ein Detail gegeben werden. — Grundriss 1:60; Durchschnitt 1:30; Detail 1:10.

II. Für einen Schiffahrtskanal, auf welchem auch Tauerer betrieben wird, soll eine Schleuse projektirt werden, welche sowohl zum Durchschleusen gewöhnlicher Fahrzeuge, als auch zum Durchlassen ganzer Schleppzüge dienen soll. Der Kanal hat 16^m Sohlenbreite und 2,5^m Tiefe; der Höhenunterschied zwischen Ober- und Unterwasser beträgt 2,5^m bis 3^m; die Kammerlänge für gewöhnliche Fahrzeuge muss 60^m, für Schleppzüge 240^m betragen, bei 7^m Lichtweite in den Thoren. Auf eine zweckmässige und möglichst schnelle Füllung und Entleerung der Schleusenammern ist Bedacht zu nehmen. — Die Fundamentirung, die Sicherung der Häupter und Kanalwände gegen Unterspülung und die Einrichtung zum Füllen und Leeren, sowie die Vorkehrungen zur Durchführung des 25^m starken Tonnage-Seiles durch die Schleusenthore sind im Detail darzustellen und zu erläutern. Im Uebrigen ist das Bauwerk generell zu entwerfen. Der Baugrund besteht aus grobem Kies.

Alle wichtigen Maasse, Annahmen und Rechnungs-Resultate sind in den Zeichnungen an geeigneter Stelle einzutragen.

Ausserordentliche Monats-Aufgabe und Parallel-Aufgabe zum 4. September 1875.

Es ist beabsichtigt, den in den letzten Kriegen gefallenen Angehörigen des Kreises Neisse ein Denkmal auf einer hochgelegenen Stelle des steil abfallenden Thales des Neisseflusses, in der Nähe der Stadt Neisse, zu setzen. Die Namen der 60 Gefallenen sollen an dem, wo möglich in gothischem Stil zu entwerfenden Denkmal angebracht werden. Die Kosten des Monumentes dürfen den Betrag von 4350 M. nicht übersteigen. Geeignete Baumaterialien liefern die in der Nähe befindlichen Sandsteinbrüche, Ziegeleien und eine Thonwaarenfabrik.

Neben dem Andenken des Vereins wird für die besterkannte Lösung ein Preis von 200 Mark ausgesetzt.

Es werden verlangt: Ansichten im Maasstabe von 1:20, ein Grundriss, eine Perspektive, sowie ein Erläuterungsbericht nebst Kostenanschlag. Die nicht prämiirten Entwürfe bleiben Eigenthum des Vereins.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. N. N. in Wien. Wir sind gern bereit, wenn sich zufällig die Gelegenheit bietet, Ihre Offerte an eine bezügl. Stelle zu befördern. Indessen irren Sie vollständig, wenn Sie glauben, dass wir mit der Stellenvermittlung uns geschäftlich abgeben. Die Redaktion ist meist ohne nähere Kenntniss der bezügl. Angebote und Nachfragen im Inseratentheile unseres Blattes.

Hrn. O. H. in Oberkirch. Farbige Diamanten für Bohrmaschinen sind zu beziehen von M. E. Coster in Amsterdam und Josef Légrady in Ottakring bei Wien, Hauptstrasse 24. Der Preis richtet sich nach der Qualität, d. h. nach der Lage der natürlichen Spitzen zur Krystallaxe.

Abonn. S. hier. Um trübes Flusswasser so weit zu klären, dass dasselbe zur Fabrikation von feinem weissen Papier geeignet ist, wird im allgemeinen die Durchleitung desselben durch Filterbassins ausreichend sein. Die Verunreinigungen können schon recht bedeutend sein, ehe dieselben auf die Färbung des Papiers einen Einfluss üben. Schon ganz geringe Mengen feinen Thonschlammes lassen das Wasser stark unreinigt erscheinen, ohne dass es deshalb Bedenken hat, solches Wasser in der Papierfabrikation zu verwenden. Als Beispiel ist auf das oft stark getrübe Wasser der Weser Bezug zu nehmen.

Hrn. S. in Hoerde. Ihre Frage nach den besten, hauptsächlich aber billigsten Mitteln zur Vertreibung von Mauerfrass aus einem Gebäude, das anscheinend der Fortpflanzung des Uebels recht günstig ist, setzt uns einigermaassen in Verlegenheit. Ein anderes, Erfolg versprechendes Mittel, als Trockenlegung des angegriffenen Mauerwerks, wissen wir Ihnen nicht zu nennen; im übrigen beziehen wir uns auf eine betr. Notiz im Fragekasten der No. 57 cr., unter Remscheid.

Hrn. X. hier. Weisser, d. h. im Feuer gesinterter Portland-Zement wird, wie wir bereits an einer früheren Stelle bemerkt haben, u. W. im Grossen nicht fabrizirt. Das Fabrikat, welches unter dem Namen Weisser Portland-Zement im Handel vorzukommen pflegt, ist nichts anderes, als der aus Gips dargestellte sog. Marmor-Zement, ein Material, welches die Eigenschaft der guten Erhärtung zwar besitzt, dem aber diejenige der Wetterbeständigkeit abgeht.

Abonn. in W. Uns sind Fälle, wo die Dichtung von aus Thonrohren hergestellten Druckwasserleitungen mittels Zement bewirkt worden wäre, noch nicht bekannt geworden. Für sonderlich geeignet halten wir diese Dichtungsweise übrigens nicht. Ein relativ sehr hoher Grad von Unveränderlichkeit in der Lage der Rohre würde wohl als Hauptbedingung für das Gelingen anzusehen sein. Ohne umfassende praktische Versuche vorher angestellt zu haben, würden wir zu einer Anwendung im grösseren Maasstabe uns nicht entschliessen.

Inhalt. Ueber weitere Schritte zur Inventarisirung der deutschen Baudenkmäler. — Stiftung eines „Krankenvereins der Studirenden der Kgl. Bau-, Berg-, Gewerbe- und Kunst-Akademie zu Berlin.“ — Werkmeister-Prüfungen in Württemberg.

berg. — Ueber Russische Konkurrenzen. — Nochmals die Konkurrenz zu einem Ständehaus in Düsseldorf. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten. — Marktbericht des Märkischen Ziegler-Vereins.

Ueber weitere Schritte zur Inventarisirung der deutschen Baudenkmäler brachten die offiziellen Blätter in letzter Zeit mehrfache Notizen. Bekanntlich ist die erste thatkräftige Anregung zur wirklichen Ausführung einer solchen Arbeit, welche die preussische Regierung mit ihrem amtlichen Apparat nach dem seit 30 Jahren genommenen Anlaufe noch so gut wie gar nicht gefördert hat, von dem kunstsinnigen ehemaligen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Hrn. von Möller, ausgegangen; ihm und der aufopfernden Thätigkeit der Hrn. Baurath von Dehn-Roffelser und Baumeister Dr. Lotz ist das Zustandekommen der 1870 erschienenen Schrift: „Die Baudenkmäler im Regierungsbezirk Kassel“ zu danken, welche ganz dazu geeignet ist, als Vorbild für ähnliche Unternehmungen zu dienen. Wie schon früher gemeldet worden ist, beschäftigt sich Hr. Dr. Lotz seit einigen Jahren mit der Redaktion eines entsprechenden Werkes, welches die Baudenkmale des Regierungsbezirks Wiesbaden umfassen soll. Für Hannover hat man sich entschlossen, denselben Zweck durch Unterstützung des bereits in drei Bänden vorliegenden Werkes: „Kunstdenkmäler und Alterthümer in Hannover, von Mithoff“ zu erreichen. Für die Provinz Schlesien ist ein ähnliches Unternehmen von dortigen Vereinen in Aussicht genommen und schon in Vorbereitung begriffen. In neuester Zeit hat die Provinzialvertretung der Rheinprovinz aus ständischen Mitteln die Summe von 11 400 M. für die Inventarisirung der dortigen Baudenkmäler bewilligt. In einer jüngst ergangenen Verfügung hat nun, wie die „N. A. Z.“ mittheilt, der Kultusminister dem Wunsche Ausdruck gegeben, dass für sämtliche Provinzen eine entsprechende Theilnahme für die heimathlichen Baudenkmäler und die Wahrzeichen der Vergangenheit sich bethätigen möge. Es sind daher die Oberpräsidenten aufgefordert worden, in Erwägung zu nehmen, was zur Förderung dieser Absicht sowohl von Seiten der Regierungsorgane, als von Seiten der Provinzialstände geschehen könnte.

Früher als alle diese neueren, von der Verwirklichung zum Theil wohl noch ziemlich weit entfernten Unternehmungen innerhalb Preussens soll eine ähnliche Arbeit erscheinen, welche die Baudenkmäler Elsass-Lothringens umfasst. Die Anregung ist auch hier von Hrn. von Möller ausgegangen, der bekanntlich als Oberpräsident der Reichslande fungirt; dass das Werk so schnell vorgeschritten ist, lässt sich wohl nur aus dem Umstande erklären, dass bezügl. Material bereits unter der französischen Regierung gesammelt worden ist. Das im Jahre 1873 eingeleitete Werk führt den Titel: „Kunst und Alterthum in Elsass-Lothringen, beschreibende Statistik, im Auftrage des Kaiserlichen Ober-Präsidiums von Elsass-Lothringen;“ es ist bearbeitet von Dr. Franz Xaver Kraus, Professor an der Universität Strassburg, und wird verlegt von C. F. Schmidt's Universitäts-Buchhandlung [Friedr. Bull] in Strassburg.

Nach den darüber im Rechs. Anz. erschienenen Mittheilungen wird der erste Band die Baudenkmäler des Unter-Elsass behandeln, der zweite wird dem Ober-Elsass, der dritte Lothringen gewidmet sein.

Innerhalb der einzelnen Bezirke ist das Material nach der alphabetischen Reihenfolge der Ortschaften vertheilt. Das Verzeichniss begreift: 1) die Alterthümer der historischen Zeit: Nachweisung der in Elsass-Lothringen gefundenen gallischen, römischen und germanischen Antiquitäten; 2) die Denkmale der Baukunst, Malerei und Skulptur aus dem Mittelalter und der Renaissance bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. Ein besonderes Gewicht ist auf die sorgfältige Beibringung der gesammelten, die einzelnen Monumente betreffenden Literatur gelegt; sodann giebt der Text, nebst der Nachweisung über die Geschichte der fraglichen Denkmale, eine kurze, aber das Charakteristische erschöpfende kunstgeschichtliche Beschreibung derselben. Die hervorragenden Denkmale werden durch Holzschnitte nach Aufnahmen des Hrn. Architekten Winkler illustriert. Die erste Hälfte des ersten Bandes soll bis November 1875, die zweite bis Januar 1876 veröffentlicht werden. Eine archäologische Karte und die kunstgeschichtlichen Register werden nach dem Abschluss des ganzen Werkes dem dritten und letzten Bande beigegeben.

Stiftung eines „Krankenvereins der Studirenden der Kgl. Bau-, Berg-, Gewerbe- und Kunst-Akademie zu Berlin.“ Mit dem Beginn des nächsten Wintersemesters wird unter den Studirenden der 3 technischen Hochschulen und der Kunst-Akademie in Berlin ein neuer Verein seine Wirksamkeit beginnen, dessen Zustandekommen durch die Thätigkeit der betreffenden akademischen Ausschüsse glücklich herbeigeführt worden ist. Der „Krankenverein“ der 4 Akademien bezweckt nach §. 1 seines Statuts, seinen Mitgliedern kostenfreie Pflege in Krankheitsfällen jeder Art zu gewähren, entweder durch Aufnahme der Kranken in eine Heilanstalt (oder Klinik) oder, wenn die häusliche Pflege genügend erscheint, durch freie ärztliche Behandlung und Arznei. Der jedem Studirenden oder Hospitanten der 4 Akademien freistehende Eintritt muss innerhalb 4 Wochen nach Beginn des Semesters erfolgen; das Eintrittsgeld beträgt 1 M., der Beitrag pro Semester 2 M. Die Verwaltung des Vereins, bei der von vornherein auf Ansammlung eines grösseren Reservefonds Rücksicht genommen werden soll, wird durch einen Vorstand geführt, zu

dem jeder Ausschuss der 4 Akademien aus seiner Mitte je 2 Mitglieder deputirt. Zur Zeit führt der Vorsitzende des Ausschusses der Studirenden der Bauakademie, Hr. Zeidler, zugleich den Vorsitz im Vorstande des Krankenvereins.

Die Gründung eines derartigen Vereins ist ein Ereigniss, dem wir gern unsere wärmsten Sympathien entgegen bringen. Er kann nicht allein ein dauerndes Band bilden zur Befestigung der im Verlaufe der letzten Jahre angebahnten Einigkeit und des Zusammenhaltens unter allen Studirenden der Kunst und Technik in Berlin: er hat auch im Streben nach seinen zunächst liegenden Zielen Gelegenheit, eine reiche und segensbringende Wirksamkeit zu entfalten. Wenn ihm dies gelingen soll, wird es freilich nicht nur einer möglichst allgemeinen Theilnahme der Studirenden, sondern auch kräftiger Unterstützung von anderer Seite bedürfen. Bereits ist dem Vereine eine solche insofern zu Theil geworden, als 25 Aerzte in verschiedenen Stadttheilen sich zur unentgeltlichen Behandlung der Mitglieder in und ausser dem Hause erbieten haben. Hoffentlich werden Formen gefunden werden, unter denen es auch anderen Freunden des Vereins möglich wird, ihm eine thatsächliche Förderung zu Theil werden zu lassen.

Werkmeister-Prüfungen in Württemberg. Zu unseren in den diesjährigen Nrn. 7 u. 10 enthaltenen Notizen gehen uns von unterrichteter Seite folgende erklärende Bemerkungen zu. Eine Werkmeister-Prüfung bestand in Württemberg, natürlich in viel weniger ausgedehntem Maasse als heute, schon seit undenklicher Zeit. Dieselbe wurde früher sowohl in den Kreisstädten als auch in Stuttgart abgehalten. Die Examinatoren waren damals, mit Ausnahme eines Regierungstechnikers (gewöhnlich eines Bauinspektors oder Kreisbauraths) ausschliesslich Handwerksmeister (meist mit dem Prädikat „Werkmeister“). Diese Prüfungen verschafften den bestandenen Kandidaten in erster Linie das Meisterrecht I. Klasse, u. z. im Fache des Maurers und Steinmetzen oder des Zimmermanns; erst in 2. Linie die Befähigung zu den Aemtern, wie noch jetzt. Diesen Verhältnissen entsprach der Name „Werkmeister“, der jetzt mehr nur noch im Volksmunde, als in der Aktensprache gebraucht wird.

Vor etwa 10 Jahren wurden die Prüfungen in Stuttgart vereinigt und unter die „Kgl. Zentralstelle für Handel u. Gewerbe“ gestellt, und zwar mit der etwas ungeschickten Benennung: „Freiwillige Prüfungen der Baugewerke.“ Die genannte Zentralstelle untersteht dem Ministerium des Innern, weil ein Handels- bzw. Arbeits-Ministerium in Württemberg nicht existirt. Es enthält nun die Verfügung des Ministeriums des Innern v. 4. Dezember v. J. nur die Neuerung, dass die jetzige Prüfungskommission fernerhin nicht mehr der Zentralstelle für H. u. G., sondern dem Ministerium des Innern direkt unterstehen soll.

Bewerber um Zulassung zur Prüfung waren im verflossenen Frühjahr 36, die höchste bis jetzt vorgekommene Zahl. Es ist weitaus nicht daran zu denken, dass alle Geprüften auch nur im Laufe der nächsten 10 Jahre zur Anstellung gelangen werden.

Im übrigen ist doch zu bemerken, dass die Prüfung sich bei uns als höchst zweckmässig erweist. Wenn auch die Zahl der sich zur Prüfung heran Drängenden sehr gross ist, so hat dies gar keine Gefahr. Nicht Alle wollen Anstellungen, Viele wollen Unternehmer werden; Allen aber ist das Prüfungszeugniss, selbst wenn es nur eine geringere Stufe ausspricht, eine erwünschte Empfehlung für zahlreiche Fälle, namentlich für Bauführungen. Zugleich gilt das Bestehen der Prüfung auch als Abgangsattest für den Austritt aus der hiesigen Baugewerkschule. Die Prüfung wird gewöhnlich von der VI. Klasse aus gemacht. Diese Klasse ist so sehr zur Vorbereitung geeignet, dass sich fast nie ein Kandidat gefunden hat, der nicht früher die übrigen Klassen der Baugewerkschule besucht und nun mit dieser Klasse VI abgeschlossen hätte.

Ueber Russische Konkurrenzen erhalten wir von einem Fachgenossen in St. Petersburg folgende Mittheilungen, die wir um so lieber veröffentlichen, als wir selbst vor der Theilnahme bei ausländischen Konkurrenzen stets gewarnt haben.

No. 59 der Deutschen Bauzeitung enthält eine Notiz über die Eröffnung einer Konkurrenz für eine Schlachthaus-Anlage in Odessa.

Ich halte mich in Betreff dieser Konkurrenz für verpflichtet, nicht nur Ausländer, sondern auch einheimische Fachgenossen vor der Theilnahme zu warnen. Die in jeder Beziehung traurigen Resultate der letzten russischen Konkurrenzen — für das Historische Museum zu Moskau, für das Polytechnische Museum ebendasselbst und für das Theater in Odessa — haben dem Konkurrenzwesen hier zu Lande einen argen Stoss versetzt. Die auch in Ihrer Zeitung erwähnte, im Januar dieses Jahres fällig gewesene Konkurrenz für das Odessaer Theater war, vermöge der lockenden Bedingungen des Programms, reich beschickt worden. Wie sehr sich aber die Theilnehmer enttäuscht fühlen müssen, lässt sich ermesen, wenn man erwägt, dass das Odessaer Comité (das nach anderen Nachrichten de facto gar nicht existiren soll) sich seit 7 Monaten nicht die Mühe gegeben hat, ein Preisgericht einzusetzen.

Auch sollen, wie mir vor Kurzem aus Odessa geschrieben wurde, viele Arbeiten, namentlich solche ausländischer Kün-

ler, spurlos verschwunden sein! Diese Nachricht allein genügt wohl, um Jedem die Lust zu einer Betheiligung an russischen Konkurrenzen für lange Zeit zu verleiden. —

Mit tiefem Bedauern registriere ich derartige Thatsachen, hoffe jedoch der Sache selbst einen wesentlichen Dienst zu erweisen, wenn ich meine Fachgenossen vor unnützer Arbeit und Zeitverlust bewahre.

Das hier die Frage der öffentlichen Konkurrenzen noch im ersten Stadium der Entwicklung begriffen ist, erscheint begreiflich genug, da von Seiten der Architekten selbst bisher wenig oder gar nichts gethan wurde, um der Sache eine rationelle Grundlage zu geben; ich bin deshalb weit entfernt, die ganze Schuld auf das Publikum zu wälzen. Hierbei muss ich aber mit einer gewissen Genugthuung bemerken, dass sich seit Bestehen des hiesigen Architekten-Vereins Vieles zum Besseren gewendet hat und dass die Konkurrenzfrage sowohl im Vereine wie in seinem Organe („der Baumeister“) unermüdlich debattirt wird. Wie schwer es aber ist, sowohl im Publikum als auch unter den Fachgenossen diese Angelegenheit gehörig zu ordnen, wissen Sie ja aus eigener Erfahrung am Besten.“

Nochmals die Konkurrenz zu einem Ständehaus in Düsseldorf. Die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, welche der vorliegenden Konkurrenz in ihrem Verlaufe zu Theil geworden ist, veranlasst uns, den früher mitgetheilten Nachrichten darüber noch die folgenden abschliessenden Notizen, welche uns von befreundeter Seite zugestellt worden, hinzuzufügen.

Nach der bekannten Ablehnung der zuerst zugezogenen 3 Sachverständigen wandte die Provinzial-Verwaltung sich in vertraulicher Weise an einige höhere Baubeamte der Rheinprovinz, u. a. an die Herren Reg.- und Bauräthe Lieber in Düsseldorf und Cremer in Coblenz, mit dem Ersuchen, das Mandat der „Begutachtung der eingegangenen Projekte“ zu übernehmen; auch hier wurde das gestellte Ansinnen abgewiesen. Um in jedem Falle das Decorum, welches in einer Begutachtung der Projekte durch Sachverständige bestehen sollte, zu wahren, blieb nach diesem 2. Misserfolg ein Anderes nicht übrig, als einige Baubeamte aus dem Dienste der Provinzialverwaltung selbst zur Begutachtung zu berufen; wie mitgetheilt, waren dies die an den Irrenanstaltsbauten zu Bonn und Andernach beschäftigten, in weiteren Fachkreisen kaum bekannten Hrn. Schmidt und Hellwig.

Die fernere Entwicklung des Verfahrens war nun folgende: die genannten beiden Beamten trafen in Gemeinschaft mit Hrn. Provinzialrath Forster eine Auswahl unter den eingelaufenen Projekten; 5 Projekte wurden dabei auf die engere Wahl gestellt, u. z. das Projekt mit dem Motto: Medium tenuere beati, als dessen Verfasser sich Hr. Hugo Licht in Berlin genannt hatte, das Projekt von Hrn. Aug. Rincklake in Düsseldorf, das Projekt mit dem Motto: Kölnisches Wappen, ferner die Projekte bezeichnet „Ein neues Lied“ und „Vom Fels zum Meer.“

Auf den 8. Juli war eine Sitzung des Provinzial-Verwaltungsraths anberaumt, die Stimmzahl desselben war 14. Nachdem ein Antrag auf geheime Abstimmung zum Beschluss erhoben war, erhielten bei der ersten Abstimmung „Kölnisches Wappen“ 6 Stimmen, das Rincklake'sche Projekt 5, das Projekt des Hrn. Hugo Licht 3 Stimmen. Beim Mangel der absoluten Majorität für irgend eines der 3 fernerhin in Frage kommenden Projekte war eine Wiederholung der Abstimmung erforderlich, bei welcher dann „Kölnisches Wappen“ 8, und das Rincklake'sche Projekt 6 Stimmen erhielten.

Ein gleichartiges Resultat hatten die Abstimmungen über die Vertheilung des zweiten und dritten Preises. Das Licht'sche Projekt erhielt für den 2. Preis 8, das Rincklake'sche 6 Stimmen. Ueber den 3. Preis wurde mit 8 Stimmen zu Gunsten des Projekts „Vom Fels zum Meer“, gegen 6 Stimmen, die dem Rincklake'schen Projekte zufielen, entschieden.

Als Verfasser des mit dem 1. Preise gekrönten Entwurfs „Kölnisches Wappen“ wurde demnachst Hr. Baurath Raschdorf in Köln ermittelt; als Verfasser des mit dem 3. Preise bedachten Projektes ergaben sich die Herren Schliemann und Eisenlohr in Berlin. Der 2. Preis fiel, wie angegeben, Hrn. Hugo Licht in Berlin zu.

Nunmehr ist Hr. Baurath Raschdorf in Köln mit der Ausführung des Baues betraut worden.

Personal-Nachrichten.

Preussen.

Ernannt: Der Baumeister Reissner zu Erfurt zum ersten Lehrer der dortigen Kunst-, Bau- und Handwerkschule. Versetzt: Der Baurath Niemann zu Breslau und der Bau- und Betr.-Inspektor Schultz zu Altona zur Ostbahn nach Bromberg.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. A. Th. in Wilhelmshaven. Für Ihre Frage müssen wir Sie auf den Weg des Inserats verweisen.

Auf mehrere Anfragen, die das Erscheinen der Lieferung 3 des deutschen Bauhandbuchs betreffen, erwiedern wir,

dass diese Lieferung bis auf 5 Bogen im Druck vollendet ist und dieselbe noch in diesem Spätsommer zur Ausgabe gelangen wird. Der Rest des Werkes liegt im Manuscript fast ganz vollendet vor und es ist auf eine raschere als die bisherige Erscheinungsweise mit Sicherheit zu rechnen. Dass Verzögerungen, wie die bisher leider dagewesenen, uns selbst am allerwenigsten lieb sind, sollte der besonderen Versicherung kaum bedürfen.

Hrn. C. H. hier. Zu der Frage nach dem erforderlichen Maasse der Lüfterneuerung in Räumen verschiedener Gebäudearten wollen Sie die Angaben im deutschen Baukalender pro 1875 (nicht 1874) vergleichen. Ueber das litterarische Material zu dem Gegenstande haben wir erst in der No. 49 cr. eine Angabe gemacht, auf die wir verweisen müssen.

Hrn. L. B. in L. Das litterarische Material, welches über Eiskelleranlagen existirt, ist in der diesjährigen No. 32 aufgeführt. — Dass es gerathen sein konnte, die Sohle des Kellers unter den Hochwasserspiegel des unmittelbar benachbarten Flusses zu legen, müssen wir bezweifeln; ein Bau, der vollständig über Tage ausgeführt wird, scheint bei der betr. Lokalität zweckmässiger zu sein.

Hrn. K. L. in Naugard. Henz-Streckert: Erdbau, und Plessner: Anleitung zur Veranschlagung der Eisenbahnen — kürzlich in neuer Auflage erschienen — werden Ihnen die besten Dienste leisten.

Abonn. in Ludwigshafen. Numerische Angaben über Heizflächen mit Beziehung auf den Inhalt der zu erwärmenden Räume finden Sie im deutschen Baukalender. Als sonstiges litterarisches Material kommt dasjenige in Betracht, zu welchem ein Hinweis in einer der vorhergehenden Fragebeantwortungen gegeben ist.

Abonn. hier. Sie scheinen die den Eisenanstrich betr. Fragebeantwortung in No. 57 cr. ganz übersehen zu haben.

Hrn. O. S. in Düsseldorf. Die Mittheilung des Protokolls über das Ergebniss der Leipziger Schulhaus-Konkurrenz verzögert sich etwas lange, ist aber zweifellos zu erwarten. Wegen der Beschädigung Ihrer Zeichnungen rathen wir Ihnen, zunächst an den Rath der Stadt Leipzig sich zu wenden.

Abonnent V. in Berlin. Unzweifelhaft ist es richtig, dass die Bestimmungen der Vorschriften vom 3. September 1868 der Preussischen Technischen Bau-Deputation das formelle Recht nicht zuweisen, die Aushändigung der Prüfungs-Zeugnisse für Baumeister und Bauführer von dem Nachweise einer im Staatsdienste angetretenen Beschäftigung abhängig zu machen; indessen wird ein solches Recht immerhin aus der den Kandidaten vor der Prüfung schriftlich zugestellten Benachrichtigung abgeleitet werden können, dass der Staat sie nur unter der Voraussetzung prüfen lässt, wenigstens für die erste Zeit ihrer Dienste versichert zu sein. Dass uns ein solches Verlangen an sich billig erscheint, da der Staat als solcher an der Abhaltung von blossen Diplomprüfungen kein Interesse hat, ist von uns schon öfters auseinandergesetzt worden.

Alter Abonnent H. Eine im Souverain angelegte Kegelbahn befindet sich im Lokale der Restauration von F. Beyer in Berlin, Gr. Friedrichstr. 231.

Marktbericht des Märkischen Ziegler-Vereins

vom 5. August 1875.

Die verflossene Woche verlief sehr ruhig. In den Preisen zeigte sich keine bemerkbare Aenderung. Die Nachfrage war wenig lebhaft, aber auch das Angebot war unerheblich. Wir haben daher keine Veränderungen in den Preisen zu melden.

Verschlossen: Klinker, Mittel-Format, II. Klasse 55,50 M.; Lochziegel, I. Klasse 39,00 M.; Poröse Ziegel, Normal-Format, I. Klasse 44,00 M.

Heutige Notirungen:

Sämmtliche Preise verstehen sich loco Berlin, Ufer od. Bahnwagen, in Mark pro Tausend.		I Qual.	II Qual.	III Qual.
Hintermauerungs-Ziegel	Normal-F.	42	—	40
ditto	Mittel-F. (24cm)	39	—	37
ditto	klein F. (23cm)	37	—	36
Rathenower, Braunkohlen-, Thon-Ziegel und ähnliche	Normal-F.	50	—	45
ditto	Mittel-F.	46	—	43
Verblend-Ziegel	Normal-F.	100	—	70
ditto	Drei-Quartiere	90	—	65
ditto	Halbe	70	—	50
ditto	Ein-Quartier	45	—	35
Klinker	Normal-F.	70	—	55
ditto	Mittel-F.	60	—	45
ditto	klein F.	—	—	40
Loch-Ziegel	Normal-F.	42	—	40
ditto	Mittel-F.	40	—	38
Poröse Thon-Voll-Ziegel	Normal-F.	42	—	41
ditto	Mittel-F.	39	—	38
Poröse Thon-Loch-Ziegel	Normal-F.	41	—	39
ditto	Mittel-F.	38	—	37
Dachziegel (Biberschwänze)		45	—	42

Der Börsen-Vorstand.